

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2023



**Zweiter Bundesfrauenkongress „Verronnene Zeit“
vom 06. bis 08. Oktober 2023 in Halle**

**Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin stärkt Rechte
ehemaliger Heimkinder**

Schlesien – Gedenkfeier und -fahrt nach Tost 22.–24. Sept. 2023

70 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde

Inhalt

Aktuell

- 3 Neukonzeption der Dauerausstellung zur NS-Zeit in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
Virtueller Rundgang durch die Gedenkstätte Lindenstraße
Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke wiedergewählt
Der 17. Juni in Jena
- 4 Neues Online-Portal zu parlamentarischen Debatten
Ziel „UMERZIEHUNG!“ – Sonderausstellung
- 5 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
Stiftung Berliner Mauer
Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden
- 6 Wanderausstellung – Die Weimarer Republik
„Trotzdem ICH“
Osteuropabibliothek übernommen
- 7 „Die letzte Adresse“ in Deutschland für Arthur Jubelt
Livestreams Deutsche Gesellschaft e.V.

Recht

- 7 Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
stärkt Rechte ehemaliger Heimkinder

Aufarbeitung

- 9 „Die Vergessenen Kinder“ drohen zur unendlichen Geschichte zu werden
Erklärung zum 78. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa
Sexueller Kindesmissbrauch im DDR-Sport
- 10 70 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde
Für Demokratie und Freiheit muss man immer kämpfen...
- 11 Beratung für Opfer von SED-Unrecht Sachsen-Anhalt
Frauen von Hoheneck

Berichte

- 11 Protest und Widerstand in Zeiten des Nationalsozialismus und des Kommunismus
- 12 Betroffene wünschen sich ein öffentliches Wort
- 13 Politische Haft in der DDR – Gesundheitliche und gesellschaftliche Folgen
- 14 Der Freikäufer

International

- 15 Plattform Europäisches Gedächtnis und Gewissen

Geschichte

- 16 Weihnachten brachte die Wende –
Erinnerungen eines Heimkehrers

Verbände

- 17 Zweiter Bundesfrauenkongress „Verronnene Zeit“ vom 06. bis 08. Oktober 2023 in Halle
Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.
- 18 Schlesien – Gedenkfeier und -fahrt nach Tost
Dieter „Susi“ Henger ist verstorben
- 19 47. Todestag von Michael Gartenschläger
Projekt „Vergessene Kinder“ – Zeitzeugen gesucht!

Service/Bücher

- 20 Ein Blick hinter Mauern
Der lange Weg zur Demokratie
- 21 „Leipzig liest“
Dimensionen des Verrats
- 22 Wie lange noch?
DDR-Staatsdoping und die Folgen für die Sportler
- 23 Die Weggesperrten
Wegbereiter der Mikroelektronik in der DDR

Umschlagbild

Plakatausstellung 17. Juni der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin. Das Titelfoto der Ausstellung stammt aus dem „Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung“. Das Copyright liegt bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Foto: © 70 Jahre DDR-Volksaufstand/
AdsD/IFES; 6/FOTB001831

Editorial

Liebe Mitglieder der UOKG, verehrte Leser des Stacheldrahts,

ist der 17. Juni ein ganz normaler Tag? Mitnichten. Durch Gesetz vom 04. August 1953 wurde der 17. Juni in der Bundesrepublik Deutschland zum gesetzlichen Feiertag erklärt und zehn Jahre später durch Proklamation des Bundespräsidenten Dr. h.c. Heinrich Lübke vom 11. Juni 1963 zum „nationalen Gedenktag“ erhoben. Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit im Jahr 1990 wurde er als „Tag der Deutschen Einheit“ begangen. Nach Wiedererlangung der deutschen Einheit wurde der 03. Oktober zum „Tag der Deutschen Einheit“ erklärt. Das Gesetz vom 04. August 1953 wurde aufgehoben, die Proklamation des Bundespräsidenten vom 11. Juni 1963 hat aber nach wie vor Gültigkeit.

Die UOKG nimmt den 17. Juni ernst. Zahlreiche Veranstaltungen werden dazu im Juni von verschiedenen Institutionen angeboten. Wie aber werden Medien darüber berichten? Z.B. die Printmedien „Neues Deutschland“, die „Welt“ oder öffentlich-rechtliche Medien? Und, was war der 17. Juni 1953? Arbeiteraufstand, Volksaufstand oder ein vom Westen angezettelter Putsch? Die SED markierte den 17. Juni jedenfalls als „Tag X“. Dies geschah jedoch nicht auf der Basis einer realitätsnahen Bewertung, sondern führte zur Kanonisierung des Aufstandes, einem angeblich vom Westen geplanten und gesteuerten „faschistischen Putsch“. Eine Folge war die systematische Nichtbeachtung oder Fehlinterpretation von Informationen, die zwanghafte Suche nach Westverbindungen und „Hintermännern“ sowie die Kriminalisierung von Streikführern und Demonstranten. Ergebnisse des Projekts „Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“ sollen mindestens 55 unmittelbare Todesopfer durch Quellen belegen. Etwa 20 weitere Todesfälle seien ungeklärt. Die sowjetischen Truppen setzten außerdem vom 17. bis zum 22. Juni 1953 Standgerichte ein, von denen 19 Aufständische zum Tode verurteilt und erschossen wurden, darunter Alfred Diener aus Jena, der West-Berliner Willi Göttling und die beiden Magdeburger Alfred Dartsch und Herbert Stauch. Hunderte wurden zu Zwangsarbeitslagerstrafen in Sibirien verurteilt. Auch etwa 20 Rotar-



Foto: Dombrowski

misten, die sich geweigert haben sollen, auf die Aufständischen zu schießen, sollen hingerichtet worden sein.

Wer sich in Geschichte auskennt, die Fakten und die Verzeichnungen kennt, weiß, dass neben den unmittelbaren Opfern viele weitere Beteiligte, vor allem Arbeiter, hart bestraft und pressiert wurden. Das beförderte eine weitere Abwendung vom SED-Regime und befeuerte die „Fluchtgeschichte“ aus der DDR bis zur Schließung der Grenze zu West-Berlin 1961 (Mauerbau). Viel wichtiger aber ist, dass nach wie vor eine Generation unter uns lebt, die diese Zeit in vollem Bewusstsein erlebte. Wie, das belegen neben überlieferten schriftlichen Quellen und Dokumenten zahlreiche Bücher und auch Zeitzeugenprojekte verschiedener Organisationen, Institutionen und Vereine. Sie erzählen von den Ereignissen und zeichnen die Erlebnisse nach, und sie zeigen die oft sehr persönlichen Folgen auf.

Alle interessierten Leser sind eingeladen, sich dem Thema erneut anzunähern. Gern nimmt die Redaktion Zeitzeugenhinweise und Geschichten für eine kommende Veröffentlichung auf. Senden Sie dazu eine Anfrage an: der-stacheldraht@uokg.de

Herzliche Grüße vom
Vorsitzenden der UOKG,
Dieter Dombrowski,
sowie aus der Redaktion
Dr. Henning Pietzsch


Neukonzeption der Dauerausstellung zur NS-Zeit in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Anlässlich der Sitzung des NS-Beirats des Menschenrechtszentrums e.V. (MRZ) sagt die geschäftsführende Vorsitzende des Vereins Heide Schinowsky:

„Das MRZ arbeitet mit dem 2021 eingesetzten Wissenschaftlichen Beirat intensiv und konstruktiv an der Neukonzeption des NS-Teil unserer Dauerausstellung zusammen. Gemeinsamer Anspruch ist es, eine sowohl wissenschaftlich fundierte als auch den aktuellen Standards entsprechende historisch-dokumentarische

Ausstellung zu realisieren. Mit Blick auf die heutige Sitzung sehe ich mich erneut darin bestätigt, dass diese Arbeit auf dem bestem Wege ist. Die Ausstellung wird neue Forschungsergebnisse u.a. zur Geschichte des Frauenzuchthauses in der NS-Zeit vermitteln und soll Mitte 2024 eröffnet werden. Im Fokus stehen verschiedene Häftlingsgruppen, Haftalltag und Zwangsarbeit. Darüber hinaus werden innovative und interaktive Bildungsangebote für verschiedene Zielgruppen erarbeitet.

Die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus plant, das neue Ausstellungskonzept im Laufe dieses Jahres der Öffentlichkeit vorzustellen und zu diskutieren.“

Mehr Informationen zur Ausstellung und zum NS-Beirat: <https://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/presse/beitrag.php?permalink=%C3%BCberarbeitung-und-erweiterung-des-dauerausstellungs-teils-zur-politischen-haft-im-zuchthaus-cottbus-von-1933-bis-1945> 


Virtueller Rundgang durch die Gedenkstätte Lindenstraße

Die Gedenkstätte Lindenstraße lässt sich von jedem Ort der Welt aus digital erkunden – in einem hochauflösenden 360-Grad-Rundgang, der sich mit zahlreichen Hintergrundinformationen und dem integrierten Audioguide in deutscher,

englischer und leichter Sprache über nahezu alle Räumlichkeiten erstreckt.

Die Gedenkstätte Lindenstraße ist einer der zentralen Erinnerungs- und Bildungsorte in Brandenburg. Sie erinnert in einem

ehemaligen Gefängnis- und Gerichtsgebäude an politische Verfolgte und Haft in der NS-Diktatur, der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, aber auch an die Überwindung der SED-Diktatur durch die Friedliche Revolution 1989/90.

Dauerhaft verfügbar: Der virtuelle Rundgang ist kostenfrei abzurufen unter: <https://www.gedenkstaette-lindenstrasse.de/digitale-besucher/> 


Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke wiedergewählt

Am 11.05.2023 hat der Landtag Brandenburg Dr. Maria Nooke als Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur wiedergewählt.

Dr. Maria Nooke: „Ich freue mich sehr über das mir entgegengebrachte Vertrauen und auf meine neue Amtszeit, in der ich begonnene Projekte fortsetzen und neue Akzente setzen möchte. Eine unserer größten Herausforderungen ist, wie die Anerkennung von Gesundheitsschäden durch politische Verfolgung und Unrecht angemessen erfolgen kann. An diesem Thema arbeiten wir schon einige Jahre, die Ergebnisse sind nach wie vor unbefriedigend. Um das zu ändern, bedarf es auch einer gesetzgeberischen Initiative. Ich hoffe sehr, dass es künftig Regelungen gibt, die eine Verbesserung für die Betroffenen bewirken. Dazu wird die Bildungsarbeit noch mehr an Gewicht gewinnen: Wir wollen im ganzen Land Brandenburg mit der Erlebnisgeneration der DDR im Gespräch bleiben. Für Jugendli-

che entwickeln wir ständig neue, vor allem interaktive Formate. Pädagoginnen und Pädagogen bieten wir Fortbildungen zu innovativen Methoden der Geschichtsvermittlung an und fördern gleichzeitig die Vermittlung von DDR-Geschichte im Geschichtsunterricht.“

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3
14467 Potsdam
Telefon: 0331 / 23 72 92 – 16
E-Mail: stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de
Internet: www.aufarbeitung.brandenburg.de 

Der 17. Juni in Jena

Am 70. Jahrestag des Volksaufstandes bietet Detlef Himmelreich eine (kostenfreie) Stadtführung zu historischen Orten des 17. Juni 1953 in Jena an. Beginn: 13.30 Uhr, Treffpunkt: Hanfried-Denkmal (Marktplatz), Dauer: circa 90 Minuten (die Stadtführung endet am Opferdenkmal an der Gerbergasse).

Im Anschluss zeigen wir nochmals die 2014 entstandene Zeitzeugendokumentation „Der 17. Juni 1953 in Jena“ auf der großen Leinwand im Schillerhof-Kino. Anschließend Austausch und Diskussion. Beginn: 16.00 Uhr (Blauer Saal), freier Eintritt für GWS-Mitglieder (Gäste 3 €)

Im Internet: „Der 17. Juni 1953 in Jena. Skizzen eines Aufstandes“ (2014, komplett). https://www.youtube.com/watch?v=_qkWuOYGHil

Wer sich für weitere Aktivitäten und Veranstaltungen zum 17. Juni in Thüringen interessiert, findet diese gebündelt unter: <https://thuringen.de/70-jahre-volksaufstand>

Neues Online-Portal zu den parlamentarischen Debatten über die deutsche diktatorische Vergangenheit 1989–1992

Das Portal dokumentiert die Diskussionen der Vertreterinnen und Vertreter des Zentralen Runden Tisches in der DDR, der letzten und zugleich frei gewählten DDR-Volkammer sowie des Deutschen Bundestages vor und nach Herstellung der deutschen Einheit. Hinzu kommen historische Dokumente, Fotos, Videos und Tonmitschnitte. Herzstück der Seite sind zahlreiche Interviews mit den damaligen politischen Akteurinnen und Akteuren.

Das gemeinsam von der Bundesstiftung Aufarbeitung und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und gleichwertige Lebensverhältnisse bereitgestellte Portal wurde am 20. April im

Rahmen einer Veranstaltung erstmals präsentiert. Beteiligte und Experten sprachen dabei über damals zentrale Fragen und die heutige Sicht auf die Debatten. Es diskutierten die ehemalige Beauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birtler (1989/90 Sprecherin von Bündnis 90 am Zentralen Runden Tisch), Herta Däubler-Gmelin (1990 MdB, stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion), der letzte DDR-Außenminister Markus Meckel, die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke, der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas Uwe Neumärker sowie die Politikwissenschaftlerin Judith Enders. Die ARD-Korrespondentin

Vera Wolfskämpf moderierte die Veranstaltung.

Webportal: Erinnerungsdebatten. Vom Umgang mit der Vergangenheit 1989–1992. www.erinnerungsdebatten.de
Die Veranstaltung wurde im YouTube-Livestream übertragen: https://www.youtube.com/watch?v=gpwQDF_zeNc

Tilman Günther
Fon: 030 31 98 95 225
E-Mail: t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5
10117 Berlin



„ZIEL: UMERZIEHUNG!“ – Sonderausstellung zur repressiven Heimerziehung in der DDR ab dem 09. Mai 2023 auf Station in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus – mit vielseitigem Begleitprogramm

Vom 09. Mai bis zum 11. Juni 2023 zeigt das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. die Sonderausstellung „ZIEL: UMERZIEHUNG! Die Geschichte repressiver Heimerziehung in der DDR“ der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau. Auf zwölf anschaulichen Stellwänden mit multimedialen Elementen und zahlreichen biografischen Beispielen erfahren die Besucherinnen und Besucher die ideologischen Hintergründe sozialistischer Umerziehung sowie die Funktionsweise des DDR-Heimsystems.

Was war ein Durchgangsheim oder Jugendwerkhof? Wer wurde dort eingewiesen? Und wie wirkten sich die Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen auf ihr späteres Leben aus? Auch ein Bogen zur Aufarbeitung der Thematik durch die Bundesrepublik Deutschland wird gespannt. „Letztes Jahr durften wir bereits Gastgeber der mobilen Ausstellung BLACKBOX sein. Mit der aktuellen Ausstellung wollen wir erneut in einen direkten Austausch mit Bevölkerung gehen und über das Heimsystem in der DDR informieren. Viele Betroffene kämpfen bis heute um die Anerkennung ihres erfahrenen Unrechts“, sagt Heide Schinowsky, Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus.

Highlight der Präsentation ist die Abendveranstaltung „Die Weggesperrten: Umerziehung in der DDR – Lesung und Gespräch mit Grit Poppe und Betroffenen“ am 23. Mai 2023, 17:30 Uhr. Die Schriftstellerin befasst sich seit langem intensiv mit der Thematik. Gemeinsam mit der Zeitzeugin Kathrin Begoin, Heide Schinowsky sowie Manuela Rummel, wissenschaftliche Referentin der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und dem Publikum wird sie über dieses für viele leider noch immer fast unbekannte Kapitel der Geschichte sprechen. Kathrin Begoin begleitet die Veranstaltung musikalisch. Die Lesung wird gefördert durch den Brandenburgischen Literaturrat aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Die Ausstellung „ZIEL: UMERZIEHUNG“ kann zu den Öffnungszeiten der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus (Bautzener Str.140; 03050 Cottbus) eigenständig erkundet werden. Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 5 Euro. Für Schulklassen und Jugendgruppen bietet die Gedenkstätte außerdem die exklusive Führung „Wie will ich groß werden?“ an, die sich für jede Altersstufe eignet. Anmeldung und nähere Informa-

tionen zur Führung unter der E-Mail-Adresse info@menschenrechtszentrum-cottbus.de.

Mehr erfahren

Zur Ausstellung auf der Seite der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau: <https://www.jugendwerkhof-torgau.de/Ausstellungen/Wanderausstellungen/Wanderausstellung-1/469/>

Zum Buch „Die Weggesperrten: Umerziehung in der DDR – Schicksale von Kindern und Jugendlichen“ von Grit und Niklas Poppe: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/die-weggesperrten-umerziehung-der-ddr-schicksale-von-kindern-und-jugendlichen>

Menschenrechtszentrum
Cottbus e. V. (MRZ)
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
Bautzener Str.140
03050 Cottbus
Tel.: +49 (0) 355 290 133 0
Mobil: 0177/603 1513
Web: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Leipzig

Öffentliche Führung

Zeit: Mittwoch, 28. Juni 2023, 17 Uhr
Titel: (K)ein Sonderzug nach Pankow.
Lindenbergs-Fans im Visier der Stasi.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Wechselausstellungen

Titel: Die Stasi. Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der DDR-Staatsicherheit in den Regionen.

Dauer: 09. Januar bis 31. Juli 2023
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Titel: Leseland DDR. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – von Stefan Wolle, 2022.
Dauer: 09. Januar bis 31. Juli 2023

Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Titel: 17. Juni kompakt. Der Volksaufstand in der DDR 1953. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2023.

Dauer: 19. April bis 31. Dezember 2023
Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 8–18 Uhr
Sa./So. und feiertags 10–18 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
Dittrichring 24
04109 Leipzig
Telefon: 0341 – 2247-3211
Fax: 0341 – 2247-3219
Internet: www.bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Stiftung Berliner Mauer

Ab sofort lädt auch die Gedenkstätte Günter Litfin wieder zu einem Besuch ein. Der Gedenkort ist jedes Wochenende geöffnet und unsere Guides beantworten Fragen und erklären Details. Zudem zeigen wir in Marienfelde die Sonderausstellungen Flucht und Ankommen und die Paste-Up Ausstellung Here and Now und auch die neue Fotoausstellung Ankunft in West-Berlin widmet sich dem Notaufnahmelager Marienfelde.

Sonntag, 21. Mai 2023, 14 Uhr

Zeugen der Zeit. Führung und Gespräch mit dem Fotografen Dirk Vogel.
Gedenkstätte Berliner Mauer, Kapelle der Versöhnung, Bernauer Straße 4, 10115 Berlin

Dienstag, 6. Juni 2023, 19.30 Uhr

Vom Widerspruch zum Widerstand – Aufstände in der DDR und in Osteuropa. Leben in Diktaturen.



Donnerstag, 22. Juni 2023, 18 Uhr

„Gegen die Angst, seid nicht stille“. Ein geheimes Tonband und die DDR-Opposition in West-Berlin. Gespräch mit Lesung und Musik.

Stiftung Berliner Mauer

Bernauer Straße 111

13355 Berlin

T.: +49 (0)30 213085-123

info@stiftung-berliner-mauer.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock

Dienstag, 06. Juni 2022

Öffentliche Führung, 15.00 Uhr
Einer Diktatur auf der Spur.
Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv.
Bundesarchiv –
Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Mittwoch, 07. Juni 2023

Bürgerberatung, 13.00–17.00 Uhr
Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG).
Grüner Weg 5
18055 Rostock
(Angebot in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Mittwoch, 07. Juni 2023

Informationstag, 13.00–17.00 Uhr
Beratung zu Stasi-Unterlagen und DDR-Unrecht (in Kooperation mit der Landesbeauftragten für M-V für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stadtverwaltung Sassnitz).

Archivbibliothek
Hauptstraße 34, 18546 Sassnitz

Mittwoch, 07. Juni 2023

Vortrag und Gespräch, 18.00 Uhr
Der 17. Juni 1953 in der DDR.
Volkspolizei See im Alarmzustand.
Referent: Dr. Ingo Pfeiffer (Historiker)
Moderation: Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
Rathaus
Hauptstraße 33, 18546 Sassnitz
(in Kooperation mit der Stadtverwaltung Sassnitz)

Samstag, 17. Juni 2023

14.00 oder 15.00 Uhr
Vortrag und Gespräch (noch in Klärung)
Vor 70 Jahren: Volksaufstand an der Ostsee. Der Juni 1953 und die Stasi.
Referent: Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)
Grüner Weg 5, 18055 Rostock
(Hauptveranstalter: LpB M-V/DuG)



Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Öffentliche Führungen

Montag, 29.05.2023, 14:00 Uhr
Sonntag, 04.06.2023, 11:00 Uhr
Montag, 05.06.2023, 14:00 Uhr
Montag, 12.06.2023, 14:00 Uhr
Montag, 19.06.2023, 14:00 Uhr
Montag, 26.06.2023, 14:00 Uhr

Ort

Gedenkstätte
Bautzner Straße Dresden
Bautzner Straße 112a
01099 Dresden
Internet: www.stasishaft-dresden.de

Wanderausstellung „Die Weimarer Republik – Deutschlands erste Demokratie“

Die Ausstellung ist vom 16. Mai bis 10. August 2023 in der Gedenkstätte Lindenstraße zu sehen.

Die Weimarer Republik ist keineswegs ein gescheitertes Experiment zwischen dem Ende des Kaiserreichs 1918 und der Etablierung der NS-Diktatur 1933. Als erste deutsche Demokratie schuf sie vielmehr



wichtige Grundlagen, auf denen unsere Gesellschaft heute noch basiert. Zugleich ist sie ein Lehrstück dafür, dass demokratische Errungenschaften nicht selbstverständlich sind, sondern immer wieder erkämpft und verteidigt werden müssen. Um diese Botschaften zu vermitteln, wurde vom Weimarer Republik e.V. ein innovatives Ausstellungskonzept umgesetzt, das einen Erlebnisraum mit multimedialen Elementen schafft.

Die Wanderausstellung des Weimarer Republik e.V. kontextualisiert die ab September 2023 in der Gedenkstätte Lindenstraße zu sehende Sonderausstellung

„Auf dem rechten Auge blind.... – Politische Justiz in Potsdam vor 1933“. Diese Sonderausstellung blickt auf die Rechtsstaatlichkeit als eine besondere Errungenschaft der Demokratie. Sie verdeutlicht unter anderem, wie der Vertrauensverlust in rechtsstaatliche Prinzipien zur abnehmenden Akzeptanz der Demokratie beitragen kann.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Tel.: +49 (0)331-971 89 005
E-Mail: presse@gedenkstaette-lindenstrasse.de
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de

„Trotzdem ICH“ – Kinder und Jugendliche in der DDR-Psychiatrie und ihr Leben heute

Filmvorführung und Gespräch

Regie: Wolfgang Dümcke

Zeit: 25. Mai 2023 um 17 Uhr

Ort: Martin-Gropius-Krankenhaus, Haupteingang, Oderberger Str. 8, 16225 Eberswalde

Eintritt frei

In dem Film „Trotzdem ICH“ geht es um Überlebende, um Menschen, die eine schwere Zeit durchlitten und doch weiterlebten. Sie waren als Kinder und Jugendliche in psychiatrischen Kliniken der DDR untergebracht. Allen gleich ist, dass sie dort Leid und Unrecht erlitten und bis heute Folgen davontragen. Begrüßung durch Prof. Dr. med. Hubertus Adam,

Chefarzt und Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie. Einführung durch Susanne Meffert (Lebenshilfe Landesverband Brandenburg e.V.) und Silvana Hilliger (LakD), Podiumsgespräch mit Susanne Meffert, Silvana Hilliger, Prof. Dr. med. Hubertus Adam und Stephan Hausten, ehem. Berater in der Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe des Landes Brandenburg unter Einbeziehung des Publikums.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Lebenshilfe, Landesverband Brandenburg e.V., Lebenshilfe Barnim e.V. und

Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters des Martin-Gropius-Krankenhauses Eberswalde. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem beigefügten Flyer und unserer Webseite.

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LakD)
Hegelallee 3, 14467 Potsdam
Telefon: 0331 / 23 72 92-0
Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
Web: www.aufarbeitung.brandenburg.de

Osteuropabibliothek übernommen

Über 10.000 Bücher hat der Berliner Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V. aus dem Nachlass seines verstorbenen Vorstandes und Verlegers Detlef W. Stein übernommen. Es sind überwiegend Sachbücher aber auch Belletristik mit Schwerpunkt politische und gesellschaftliche Entwicklung über und aus den Ostmittel-, Ost- und Südosteuropäischen Staaten. Diese werden jetzt neu sortiert und katalogisiert und sollen in einigen Wochen als „Detlef W. Stein Gedächtnis- Bibliothek“

für die Öffentlichkeit auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Berlin Lichtenberg zugänglich sein. Der Verein bedankt sich bei der Witwe für die Zurverfügungstellung der Bücher und der Bundesstiftung Aufarbeitung für die Förderung. „In einer Zeit, wo nolens volens das Interesse an dem Geschehen jenseits der Oder stark gewachsen ist, und zehntausende von Flüchtlingen und Migranten aus diesen Ländern in der Stadt sind, ist es auch und gerade im Interesse der Aufarbeitung, sich

diesem Thema stärker zu widmen.“ So der Vorstand Dr. Christian Booß und Dr. Stefan Wolle. Zur Bibliothek und zum Verein mehr auf <http://horch-guck.de/start>

Der Aufarbeitungsverein ist Mitherausgeber des Aufarbeitungsforum H-und-G.info, dass in jüngerer Zeit zwei Schwerpunkte zum Ukraine-Krieg herausgegeben hat. Mehr auf <http://h-und-g.info/>

Bürgerkomitee 15. Januar e.V., Haus 1, Ruschestr. 103, 10365 Berlin
E-Mail: bueko_1501_berlin@web.de
Tel.: 0171-5311140

„Die letzte Adresse“ in Deutschland für Arthur Jubelt

Feierlichen Anbringung der sechsten Erinnerungstafel im Rahmen des Projekts am Freitag, den 26. Mai 2023 um 12.00 Uhr in der Brüderstrasse 14/16 in 06712 Zeitz

Eine kurze Darstellung des Schicksals von Arthur Jubelt finden Sie hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Jubelt

Im Anschluss an die Anbringung der Tafel sind die Teilnehmenden herzlich zum

Ausklang beim gemeinsamen Mittagessen mit der Familie und einem Bildvortrag über das Leben von Arthur Jubelt von Aaron Guttstein in das Restaurant ROSSO am Roßmarkt 21 in 06712 Zeitz eingeladen.

Über Ihr Kommen wären wir sehr erfreut!

Mario Bandi, Dr. Nikolai Ivanov
(Initiativgruppe „Die letzte Adresse“)
Dr. Anke Giesen für den Vorstand
von MEMORIAL Deutschland e.V.

Livestreams Deutsche Gesellschaft e.V

Tagung „Protest! Aufstand und Aufbegehren in Diktatur und Demokratie – Geschichte und Gegenwart“ am 25.05.2023 (10:00-19:30 Uhr) in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstr. 5, 10117 Berlin), Veranstaltung in Präsenz mit Livestream.

Diskussionsveranstaltung „Kerze, Schirm und abgeschnittenes Haar: Symbole von Protest und Widerstand“ am 06.06.2023

(ab 18:00 Uhr) in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstr. 5, 10117 Berlin), Veranstaltung in Präsenz mit Livestream.

Diskussionsveranstaltung „Stadt, Land, Netz: Protesträume im Wandel“ am 04.07.2023 (ab 18:00 Uhr) in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstr. 5, 10117 Berlin), Veranstaltung in Präsenz mit Livestream.

Deutsche Gesellschaft e.V.,
Eingetragener Verein zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa, Mauerstraße 83/84, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 412 254
Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de
Facebook: www.facebook.com/DtGesellschaft
Twitter: www.twitter.com/dtgesellschaft



Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin stärkt Rechte ehemaliger Heimkinder

Mit der Novellierung des StrRehaG, die im November 2019 in Kraft trat, hat der Gesetzgeber eine Beweiserleichterung hinsichtlich der Rehabilitierungsmöglichkeit von Einweisungen in Spezialheime (Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe) und vergleichbare Einrichtungen (bspw. Durchgangsheime) eingeführt. Nach § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG „wird vermutet, dass die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.“ Es handelt sich dabei um eine widerlegliche Vermutung. Welche Anforderungen an eine Widerlegung zu stellen sind, wurde und wird teilweise noch unterschiedlich beurteilt. Anfänglich taten sich einige Land- und Oberlandesgerichte sehr schwer damit, zu rehabilitieren. Es wurden kleinste Anhaltspunkte einer „Fürsorgemotivation“ herangezogen, um Rehabilitierungsanträge zurückzuweisen. „Schulbummelei“ oder „kleinere Diebstähle“ als

Stichpunkte auf Heimkarteikarten rechtefertigten für einige Rehabilitierungskammern die Einweisung in ein Spezialheim. Über diese Schwierigkeiten berichtete ich in Stacheldraht Nr. 1/21. Mittlerweile hat sich die Rechtsprechung überwiegend opferfreundlich eingependelt, sodass es nicht mehr unbedingt „Glücksache“ ist, welches Gericht zuständig ist. Nunmehr ist es gängige Rechtsprechung, dass die Vermutungsregelung nicht lediglich eine Beweiserleichterung darstellt, sondern eine Beweislastumkehr. Die Vermutung kann nur durch den vollen Beweis des Gegenteils widerlegt werden. Dies ist nur möglich, wenn positiv festgestellt werden kann, dass die Unterbringung nicht auch der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat, sondern durch die üblichen rechtsstaatskonformen Zwecke gedeckt war.

In einem kürzlich ergangenen Beschluss musste sich der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin mit dem alten Problem auseinandersetzen (Beschluss vom 15. Februar 2023, Az.: 100/21). Der Betrof-

fene hatte zunächst im Februar 2020 eigenständig einen Rehabilitierungsantrag u. a. wegen der Einweisung in einen Jugendwerkhof gestellt. Als er über das Landgericht Berlin die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft erhielt und ihm die Möglichkeit einer Erwidmung eingeräumt wurde, bat er die juristische Beratungsstelle der UOKG um Unterstützung. Wie sich herausstellte, hatte der Betroffene in der Vergangenheit bereits einen Antrag auf Rehabilitierung hinsichtlich der Spezialheimeinweisung gestellt. Dieser wurde rechtskräftig zurückgewiesen. Das war vor der Novellierung des StrRehaG und somit auch vor der Einführung der Vermutung aus § 10 Abs. 3 Satz 1 StrRehaG. Da in der Einweisungsverfügung ausdrücklich stand, dass der Betroffene einen strafbaren illegalen Grenzübertritt versuchte, wurde in der für den Betroffenen verfassten Stellungnahme darauf hingewiesen, dass dem Betroffenen aus diesem Grund nach der neuen Rechtslage ein Zweitantragsrecht nach § 1 Abs. 6 StrRehaG zustehe: Gemäß § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG ist ein zweiter Rehabi-



litierungsantrag zulässig, soweit dargelegt wird, dass der frühere Antrag nach den Vorschriften dieses Gesetzes (hier: strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz in seiner aktuellsten Fassung) Erfolg gehabt hätte. [...] Laut Beschluss des Jugendhilfeausschusses [...] wird die Einweisung auch damit begründet, dass der Betroffene einen illegalen Grenzübertritt versuchte. Nach der neuen Rechtslage ist zur Widerlegung der Vermutung erforderlich, dass die Kammer positiv feststellt, die Unterbringung habe nicht auch der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient (vgl. OLG Rostock, Beschluss vom 12. Februar 2020 – 11 Ws Reha 2/20 –, Rn. 11, juris). Dies kann hier nicht gelingen, da die Einweisung aufgrund des versuchten Grenzübertritts evident auch der politischen Verfolgung diene. [...] Mit Beschluss vom 03. September 2020 verwarf die Rehabilitierungskammer des Landgerichts Berlin trotz der eindeutigen politischen Aspekte im Einweisungsbeschluss den Rehabilitierungsantrag des Betroffenen. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass die Einweisung und Unterbringung des Betroffenen im Jugendwerkhof aus Gründen der staatlichen Fürsorge aufgrund erheblicher Erziehungsschwierigkeiten, aufgrund Fehlzeiten in Schule und auf der Arbeit und wegen Diebstahlstaten und nicht wegen der versuchten Republikflucht erfolgt sei. Ferner stand im Beschluss des Landgerichts: Der Betroffene hat mit seinem erneuten Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung nicht im Sinne von § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG dargelegt, dass der frühere Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung nach den Vorschriften des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) Erfolg gehabt hätte. Weil es sich um einen Zweit Antrag handelte, der aus Sicht der Kammer und der Staatsanwaltschaft unzulässig war, unterlag der Beschluss nicht der Beschwerde, § 13 Abs. 2 Nr. 2b StrRehaG. Der Betroffene hatte mithin nicht die Möglichkeit, Rechtsmittel

beim Kammergericht einzulegen. Dieser Beschluss verletzte eindeutig das rechtliche Gehör, da der Betroffene zweifelsfrei auf den (auch) politischen Grund seiner Einweisung in Verbindung mit der neuen Rechtslage in der Stellungnahme verwies. Daher wurde eine entsprechende Anhörungsrüge für den Betroffenen verfasst. Auch diese wurde verworfen. Dabei wurde auch noch entschieden, dass der Betroffene die Kosten der Anhörungsrüge zu tragen habe, obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 2016 entschied, dass die Anhörungsrüge dem Rehabilitierungsverfahren zuzurechnen sei und daher § 14 Abs. 1 StrRehaG unterfalle, wonach Kosten des Verfahrens nicht erhoben werden. Daraufhin wurde für den Betroffenen eine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin erstellt. Die angegriffene Entscheidung verletze den Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 15 Abs. 1 VvB), verstoße gegen den Gleichheitssatz in der Ausprägung des Willkürverbots (Art. 10 Abs. 1 VvB) und gegen den Grundsatz effektiven Rechtsschutzes (Art. 15 Abs. 4 Satz 1 VvB). Zudem sei dem Beschwerdeführer das Recht auf den gesetzlichen Richter versagt worden (Art. 15 Abs. 5 S. 2 VvB). Letzteres wurde damit begründet, dass die Begründetheitsprüfung im Rahmen der Zulässigkeit vorweggenommen wurde und so dem Betroffenen die zweite Instanz versagt wurde. Bis auf das Recht auf den gesetzlichen Richter bestätigte der Verfassungsgerichtshof die genannten Grundrechtsverletzungen. Auszüge aus der Entscheidung:

Indem das Landgericht den Rehabilitierungsantrag des Beschwerdeführers als unzulässig verworfen hat, weil er seiner Zulässigkeitsbegründenden Darlegungslast gemäß § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG nicht hinreichend nachgekommen sei, hat es seine Rechte auf effektiven Rechtsschutz verletzt und zugleich gegen das Willkürverbot verstoßen. [...] Soweit das Landgericht die Argumente für eine sachfremde Einweisung – insbesondere das Vorbringen des Beschwerdeführers zu seinem Fluchtversuch in die Bundesrepublik Deutschland – nicht berücksichtigt hat, liegt hierin zugleich ein Verstoß gegen das Recht des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör gemäß Art. 15 Abs. 1 VvB, weil es diesen Vortrag von vornherein als unbeachtlich angesehen hat. Der Gehörsverstoß liegt darin, dass Anlass bestanden hätte, den behaupteten Einweisungsgrund im Rahmen der bestehenden Amtsermittlungspflicht weiter aufzuklären (Beschlüsse vom 16.

Juni 2021, a. a. O., Rn. 27 und vom 24. September 2013 – VerfGH 172/11 – Rn. 16), und dies durch die Verwerfung des Antrags bereits auf der Zulässigkeitsebene unterblieben ist. Das rechtliche Gehör gebietet nämlich, Argumente des Rechtsschutzsuchenden nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern in Betracht zu ziehen und ihnen gegebenenfalls nachzugehen. [...]

Der Beschluss des Landgerichts Berlin wurde für gegenstandslos erklärt und aufgehoben. Die Sache wurde an das Landgericht zurückgewiesen. Nun kann der Betroffene mit einer Rehabilitierung rechnen. Obwohl sich die Rechtsprechung zwischenzeitlich, als die Verfassungsbeschwerde anhängig war, durch die Rechtsprechung des Kammergerichts zugunsten der Antragssteller entwickelt hat, ist der Beschluss des Verfassungsgerichtshof nicht nur für den Beschwerdeführer selbst wichtig. Auch andere Betroffene können davon profitieren: Der Verfassungsgerichtshof hat nochmals klargestellt, dass das Rehabilitierungsgericht die in den damaligen Unterlagen angegebene Einweisungsgründe nicht ungeprüft übernehmen darf, wenn Anhaltspunkte für rechtsstaatswidrige Gründe bestehen. Selbst im Falle dokumentierter Einweisungsgründe seien die Rehabilitierungsgerichte an die Tatsachenfeststellungen der Gerichte oder Behörden der ehemaligen DDR hinsichtlich eines angeblichen Fürsorgegrundes nicht gebunden. Zudem wurde ganz selbstverständlich von der Möglichkeit eines Zweit antragsrechts nach § 1 Abs. 6 StrRehaG bei Änderung des StrRehaG ausgegangen. Das ist beispielsweise in Thüringen nicht der Fall. Die Feststellungen des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin sind grundsätzlich nur für Berliner Gerichte bindend, soweit es um Grundrechte aus der Berliner Verfassung geht. Da sich die grundrechtlichen Gewährleistungen in den Landesverfassungen oft mit dem Grundgesetz (also der Bundesverfassung) decken und auf das Bundesverfassungsgericht in dem Beschluss Bezug genommen wird, kann man auf diese Entscheidung auch in Rehabilitierungsverfahren außerhalb Berlins verweisen.

Die Entscheidung wurde in der juristischen Fachpresse veröffentlicht (NJ 2023, 181-183) und kann im Internet unter <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/JURE230043600> in der Berliner Rechtsprechungsdatenbank abgerufen werden.

Ass. jur. Martina Kegel, UOKG

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

„Die Vergessenen Kinder“ drohen zur unendlichen Geschichte zu werden

Bereits im November 2018 fand in der Gedenkstätte Berliner Mauer ein Kongress zu dem Thema „Vergessene Kinder? Die Nachkommen politisch Verfolgter“ statt. Prof. Dr. Heide Glaesmer berichtete über die transgenerationale Übertragung traumatischer Ereignisse. Zum ersten bundesweiten Kongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ/DDR wurde eine Resolution an die Verantwortlichen in Bund und Län-

dern geschickt. Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wurden dazu aufgefordert diese Punkte in der nächsten Wahlperiode in den Aufgabenkatalog aufzunehmen. Nun hat die SPD-Fraktion ihr Positionspapier „Weitere Anpassungen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze an die Bedürfnisse der Betroffenen“ beschlossen. In dem Grundsatzpapier der SPD werden die Opfergruppen um drei

weitere erweitert. Aber die „Vergessenen Kinder“ sind wieder vergessen. Es gibt nicht genügend Betroffene? Es geht um die Kinder von politisch inhaftierten Eltern, die in privater Obhut waren. Bitte füllen Sie als Betroffene oder als Eltern mit Ihren Kindern diesen Fragebogen aus. Auf der Startseite der UOKG unter der Rubrik Projekte -Vergessene Kinder- finden sie den Fragebogen. Sie können sich auch direkt unter: s.czech@uokg.de an Frau Czech wenden.

Elke Schlegel
Regionalbeauftragte der UOKG für RLP

Erklärung zum 78. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa

Am 08./09. Mai vor 78 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Wir gedenken der Millionen Opfer des von Deutschland entfesselten Angriffs- und Vernichtungskrieges und erinnern uns dankbar der alliierten Soldaten, die die deutsche Bevölkerung gegen deren zumeist erbitterten Widerstand von der nationalsozialistischen Diktatur befreit haben. Dieses Gedenken schließt ausdrücklich auch die sowjetischen Soldaten ein, die dabei den höchsten Blut- zoll entrichtet haben. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass die Sowjetunion dem deutschen Angriff nicht wegen, sondern trotz Stalin widerstanden hat.

Die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus ging mit der Errichtung kommunistischer Diktaturen in Ostmitteleuropa einher, die neue Opfer forderten.

Es ist eine Tragödie, dass die letzten ukrainischen Überlebenden des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion heute von den Bomben und Raketen Russlands bedroht sind, das seit Februar 2022 einen verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt. Der Schwur „Nie wieder Krieg“, der Europa nach 1945 über die Blockgrenzen hinweg einte, ist von Russland in unvorstellbarer Weise gebrochen worden. Wenn es eine Lehre aus dem Sieg über den Nationalsozia-

lismus gibt, dann die, dass man einem Aggressor, der das Völkerrecht mit Füßen tritt und seinen Nachbarn mit einem brutalen Krieg überzieht, nicht nachgeben darf.

Markus Meckel, Ratsvorsitzender
Rainer Eppelmann, Vorstandsvorsitzender
Dr. Anna Kaminsky, Mitglied des
Vorstands und Direktorin der
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

Weitere Informationen erhalten Sie von:
Jonathan Harnisch, Bundesstiftung Auf-
arbeitung. Fon: 030 31 98 95 225 | E-Mail:
j.harnisch@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Sexueller Kindesmissbrauch im DDR-Sport

Bis heute fehlt es an der Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs im DDR-Sport. Betroffene fordern mehr Hilfen und Unterstützung und erwarten eine klare Verantwortungsübernahme von Staat und organisiertem Sport. Sexueller Kindesmissbrauch war in der DDR weitaus mehr und länger tabuisiert als in der alten Bundesrepublik. Das galt insbesondere für den Bereich des Sports.

Das staatlich organisierte Sportsystem war unantastbar und Entscheidungen der verantwortlichen Funktionäre erfolgten über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg. Sportliche Erfolge dienten als Beweis für die Überlegenheit des politischen Systems. Bis heute fehlt es für Betroffene, die sexuellem Kindesmissbrauch im Sportsystem der DDR ausgesetzt waren, an einer klaren gesellschaftlichen

Verantwortungsübernahme und damit einhergehend an Anerkennung und Unterstützungsangeboten.

Dies hat ein Fachgespräch zu sexuellem Kindesmissbrauch in der DDR mit dem Fokus Sport bestätigt, das am 26. April 2023 von der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in Kooperation mit der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltet wurde. Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten Betroffene sexualisierter Gewalt im DDR-Sport sowie weitere Experten aus Sport, Politik, Wissenschaft und Praxis über die Erfahrungen mit Aufarbeitung von Kindesmissbrauch.

Die Unabhängige Kommission zur Auf-
arbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs

untersucht seit 2016 Ausmaß, Art und Folgen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Betroffene sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die der Kommission über sexuellen Kindesmissbrauch berichten möchten, können sich telefonisch, per E-Mail oder Brief an die Kommission wenden. Informationen und alle Kontaktdaten unter www.aufarbeitungskommission.de.

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur berät in der DDR sportgeschädigte Betroffene insbesondere bei der Anerkennung der gesundheitlichen Folgen des DDR-Leistungssportsystems und von daran geknüpften Leistungen. Informationen und Kontaktmöglichkeiten unter www.landesbeauftragter.de. 

70 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde

Mit Führungen, Workshops, Zeitzeugengesprächen und vielen weiteren Angeboten wurde am 15. und 16. April an die Eröffnung des Notaufnahmelagers Marienfelde vor 70 Jahren erinnert. Es gibt drei Sonderausstellungen und einen Multimediaguide.


Bis zum 20. Oktober 2023 ist die Open-Air-Ausstellung „Here and Now!“ mit fassadenhohen Paste Ups im Übergangswohnheim Marienfelder Allee zu sehen. Bis Mai werden noch besondere Objekte aus dem neuen Buch Flucht und Ankommen in einer Sonderausstellung im ersten Stock gezeigt. Außerdem ist bis Oktober 2023 im

Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer die Foto-Ausstellung Ankunft in West-Berlin zu sehen mit historischen Fotos aus dem Notaufnahmelager Marienfelde aus den Jahren 1953–1961. Rund um die Erinnerungsstätte lädt der neue Multimediaguide „Herumspaziert“ zu einer Erkundungstour durch die Geschichte des Ortes. Ab sofort online: mmg.stiftung-berliner-mauer.de

Das Notaufnahmelager Marienfelde im Berliner Ortsteil Marienfelde war eines von drei Lagern, das nach dem Notaufnahmegesetz das Notaufnahmeverfahren für Deutsche aus der DDR und Ost-Berlin

abwickelte. Die zwei anderen Lager befanden sich in Gießen und Uelzen-Bohdamm.

Adresse: Marienfelder Allee 66–80 12277 Berlin, Telefon: 030 213085200
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10:00–18:00 Uhr; Pfingstmontag, den 29. Mai von 10–18 Uhr

Der Eintritt ist frei. Kosten für Führungen: 3,50 € pro Person, ermäßigt 2,50 € (Studierende, ALG 2-Empfängerinnen und Empfänger, Asylbewerberinnen und -bewerber, Menschen mit Behindertenausweis und berlinpass-Berechtigte). Für Gruppen unter 10 Personen gilt ein Sockelbetrag von 35,00 €. 



Dr. Maria Nooke, Maria Bering, Dieter Dombrowski, Dr. Helge Heidemeyer, Dr. Axel Klausmeier



Dr. Axel Klausmeier, Dieter Dombrowski, Franziska Giffey

Für Demokratie und Freiheit muss man immer kämpfen...

Am 27. April 2023 stellte die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Ergebnisse aus einem vierjährigen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekt vor, das die Geschichte des Untersuchungsgefängnisses Lindenstraße in Potsdam in der Zeit zwischen 1952 und 1989 in den Blick nimmt.

Wie viele Menschen waren in diesen 37 Jahren im Untersuchungsgefängnis Lindenstraße inhaftiert? Welche Haftgründe gab es? Gibt es historische Daten, an denen sich ein Anstieg an Verhaftungen manifestiert? Dr. Ann-Kathrin Reichardt, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsprojekts, gibt Antworten auf diese Fragen und spricht dazu u.a. mit der Zeitzeugin Kerstin Meisner. Sie wurde 1983 wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ inhaftiert und lässt erstmals in der Lindenstraße die Öffentlichkeit an ihren Hafterfahrungen teilhaben und berichtet über ihren anschließenden Lebensweg.

Maria Schultz, Gedenkstättenleiterin: „Uns ist wichtig, dass ehemalige Inhaftierte ihre Geschichte erzählen können

und sie nicht in Vergessenheit geraten. Diese bewegenden individuellen Schicksale sind dabei nicht losgelöst vom Repressionsapparat der SED zu betrachten. Daher sind Forschungs- und Interviewprojekte für Gedenkstätten sehr wichtig.“


Über 6.000 Männer, Frauen und Jugendliche waren zwischen 1952 und 1989 in der Lindenstraße inhaftiert. Viele Namen und Schicksale der Inhaftierten konnten durch das Forschungsprojekt ermittelt werden, aber auch Mitarbeitende des Geheimdienstes. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts zeigen, dass sich Anklagepunkte und Haftgründe mit der Zeit änderten und zeichnen Repressionswellen zeitlich nach.

Rund 1.700 Menschen saßen aufgrund gescheiterter Fluchtversuche oder Fluchthilfe in der Lindenstraße in Untersuchungshaft. In den 1980er Jahren stieg die Zahl der inhaftierten Ausreisearbeitssteller signifikant an. 1988 und 1989 erreichten die Häftlingszahlen einen neuen Höchststand.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden 25 lebensgeschichtliche Filminter-

views mit Zeitzeug:innen geführt. Eine der Interviewten ist Kerstin Meisner. Geboren 1964, wuchs sie in Bergholz-Rehbrücke und Dessau auf. Nach einer Ausbildung zur Facharbeiterin für Anlagentechnik, wurde sie 1983 nach einem missglückten Fluchtversuch über die ČSSR in den Westen verhaftet und zu einem Jahr und fünf Monaten verurteilt. 1984 wurde Kerstin Meisner freigekauft und in die Bundesrepublik entlassen.

Das Projekt der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße ist Teil des BMBF-geförderten Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“, dem u.a. die Humboldt-Universität Berlin, die Charité Berlin und die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen angehören. Gemeinsames Ziel war es, eine Datenbank mit den Namen und biografischen Angaben aller Opfer politischer Verfolgung in der DDR zwischen 1963 bis 1989 zu erstellen. Einige Ergebnisse können unter www.haft-ddr.de abgerufen werden.

Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Telefon: +49 (0)331 971 89 000
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de 

Beratung für Opfer von SED-Unrecht Sachsen-Anhalt

Besonders wichtig für die Betroffenen: Der Bundestag hat 2019 die Fristen für Rehabilitierungsanträge aufgehoben und das Leistungsspektrum erweitert. Die Beratungen sind individuell und selbstverständlich vertraulich. Da die Beratung in Einzelsprachen erfolgt, ist eine vorherige Anmeldung dringend empfohlen. Für die Anmeldungen gelten die üblichen Bürozeiten.

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im Mai 2023 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg dienstags (23.5. und 30.5.2023) von 14.00 bis 17.00 Uhr statt.

Anmeldung bitte unter Telefon 0391/560-1505 oder E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de.



Frauen von Hoheneck

Am 07. Mai 2023 lief in der Sendung von SWR 2 Glauben das Feature über die Frauen von Hoheneck. Sie können es unter folgendem Link nachhören und runterladen. Außerdem gibt es das Feature auch in der ARD-Audiothek und auf allen anderen gängigen Podcast-Plattformen.

<https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/die-frauen-von-hoheneck-glaube-hinter-gittern-swr2-glauben-2023-05-07-100.ht>

Carla Ottmann, Stellvertreterin Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V. Potsdam, Ottmann@uokg.de

Protest und Widerstand in Zeiten des Nationalsozialismus und des Kommunismus

„Aufstand, Protest und Widerstand – Debatten in Ost- und Westeuropa in der Nachkriegs- und postkommunistischen Zeit“: diesem Thema widmete sich das Ost-West-Europäische Gedenkstätten-treffen in Kreisau (Krzyszowa, Polen) vom 29. März bis 01. April 2023. Über 70 Teilnehmer waren an diesen geschichts-trächtigen kleinen Ort in Niederschlesien gekommen, der insbesondere durch den Widerstandskreis gegen Adolf Hitler (Kreisauer Kreis) um Helmuth James Graf von Moltke und den Friedensgruß zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem polnischen Premierminister Tadeusz Mazowiecki bekannt wurde, zu dem es dort in der Versöhnungsmesse vom 12. November 1989 kam.

Welche Erkenntnisse können aus den unterschiedlichen Widerstandsformen gegen das Regime des Nationalsozialismus und gegen die Machtübernahme der Kommunisten und Errichtung von sozialistischen Diktaturen in Osteuropa gewonnen werden? In welcher Weise haben sich die Protestformen verändert?

Fünf namhafte Organisationen wollten diesen Fragen mit Experten aus Museen, Archiv- und Bildungseinrichtungen und der Geschichte und Kunst gewidmeten Ausstellungen näher nachgehen. Bei den Organisationen handelt es sich um die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung, die Evangelische Akademie zu Berlin, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Zentrum „Erinnerung und Zukunft“, Breslau, sowie die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ). Es handelte sich bereits um das 20. Ost-West-Europäische

Gedenkstätten-treffen in der Kreisauer Stiftung, dort begegnen sich jedes Jahr über 10.000 Menschen, um sich über Werte wie Verantwortung, Demokratie und Solidarität auszutauschen. Durch die einleitende Vorstellungsrunde wurde der internationale Charakter der Veranstaltung eindrucksvoll deutlich, manche Teilnehmer waren aus Tschechien, Lettland, der Ukraine und sogar aus Spanien und Portugal angereist.

In den sich anschließenden Präsentation der Vertreter von teilnehmenden Institutionen wurde von deutscher Seite unter anderem ein „Nebeneinander der Erinnerungskulturen“ beklagt, darüber hinaus, dass der Hitler-Stalin Pakt von 1939 in Deutschland viel zu wenig Beachtung fände. Auf EU-Ebene habe er bekanntermaßen sehr viel mehr Resonanz. Die Vertreterin des Deutschen Historischen

Instituts in Warschau wies u.a. darauf hin, dass es in Polen weniger Filme über die Zeit des kommunistischen Regimes gäbe als in Deutschland (Goodby Lenin, Das Leben der Anderen, Das schweigende Klassenzimmer etc.). Im Zusammenhang mit der Behandlung dieser Themen im Schulunterricht wies sie auch darauf hin, dass in Polen der in den Schulen unterrichtete Kanon wesentlich einheitlicher sei als in Deutschland. Was den Begriff des Widerstands angeht, wurde von einer Vertreterin der Viadrina angemerkt, dass Widerstand meist auch eine Beschämung der Neutralen, also der untätig Gebliebenen bedeute. Andererseits wurde, gerade mit Blick auf Graf von Moltke, darauf hingewiesen, dass heutige Generationen, die im Fernsehen ständig Gewalt in vielen Teilen der Welt miterleben und dagegen nichts unternehmen, sich kaum beklagen dürfen, dass Personen während der



Foto: Christian Fuchs

Gedenkstätte Kreisau

NS-Zeit oder der DDR-Diktatur aus Angst vor Repressalien untätig geblieben sind. Der Frage, aus welchen Gründen manche Menschen den Mut zum Widerstand aufbringen, andere hingegen nicht, ob dies mit Lebenserfahrungen oder vielleicht sogar mit erblichen Anlagen zusammenhängt, muss aber, wie sich auch zeigte, noch näher nachgegangen werden.

Was die Erinnerungskulturen in Deutschland angeht, wurde vermerkt, dass eine Erinnerung an den 20. Juli 1944 sich erst nach dem 17. Juni 1953 wirklich verbreitete.

Die Frage, wie es um die Rechte der deutschen Minderheit in Polen bestellt sei, wurde dahingehend beantwortet, dass es in manchen Gegenden zweisprachige Ortschaften gäbe, deutsch und polnisch, aber nur dann, wenn die 20 % Zustimmung der ansässigen Bevölkerung nach EU-Recht erforderlich erreicht werde. Von deutscher Seite wurde auch darauf hingewiesen, dass Erinnerung nicht selbstverständlich sei, sie müsse manchmal auch gegen Widerstände erstritten werden, auch gegen Widerstände des Staates. Insgesamt würden die Menschen, die sich wie bei dieser

Tagung um diese Themen kümmern, eine Minderheit darstellen.

Bei einem Ausflug nach Breslau stand im Vordergrund die Besichtigung von Außenlagern des Konzentrationslagers Groß-Rosen. Insgesamt war es eine Veranstaltung, die vielen, wie auch mir, neue Impulse für ihre Arbeit gab und es möglich machte, mit interessanten Gesprächspartnern in Kontakt zu kommen.

Dr. Christian Fuchs
Regionalbeauftragter der UOKG für NRW

Betroffene wünschen sich ein öffentliches Wort

Der DDR-Gefängnispfarrer Eckart Giebeler spitzelte von 1959 bis 1989 für die Stasi. Auch nach seiner Enttarnung zog die Kirche keine Konsequenzen. 2022 lud der Bischof betroffene politische Gefangene zum Gespräch ein. Höchste Zeit für ein deutliches kirchenleitendes Signal.

Die Vergangenheit ist nicht erledigt

Vor einer Weile schon hatte Bischof Christian Stäblein Menschen zum Gespräch eingeladen, die als politisch Inhaftierte in der DDR in den Gefängnissen, etwa von Brandenburg an der Havel, Cottbus, Halle, Hoheneck, durch einen Pfarrer verraten worden waren. Eckart Giebeler war einziger staatlich angestellter Seelsorger in der DDR. Es war höchste Zeit für ein deutliches kirchenleitendes Signal an diejenigen, die mit Giebeler ihre Erfahrungen gemacht hatten, ein Signal, das zu verstehen gibt: Diese Geschichte ist für heutige Verantwortliche nicht erledigt.

Der Verrat eines Mannes zwischen 1959 und 1989 hat Leid über unschuldige Menschen gebracht. Darüber mit den Betrof-

fenen von damals zu reden, das war ein erstes Anliegen. Verantwortung konkret nennen, bevor es zu spät ist. Schon lang zuvor war auf der Basis der wissenschaftlichen Veröffentlichung durch Marie Anne Subklew-Jeutner unter dem Titel „Schattenspiel. Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi“ (2019) klar: Giebeler war seit 1953 als hauptamtlicher Gefängnisseelsorger Angestellter des Ministeriums des Innern der DDR (Mdl). Er verpflichtete sich 1959, als inoffizieller Mitarbeiter (IM) für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu arbeiten. Die Zusammenarbeit mit dem Mdl (Ministerium des Inneren) endete im November 1989.

Über Gefangene an die Stasi berichtet

Giebeler war ordinierter Pfarrer, war als Gefängnisseelsorger auch Teil der Konvente. Drei Jahrzehnte hat er mit Ehrgeiz inoffiziell dem MfS über Gefangene, Bischöfe, Konsistoriale, Pfarrkollegen und Bedienstete des Strafvollzugs berichtet. Er erhielt dafür regelmäßig Geld und wurde mit Medaillen ausgezeichnet. Er

hatte Zugang zu mehreren Haftanstalten, blickte tief in das Leben und die Sorgen der Gefangenen, gab Informationen aus den vertraulichen und seelsorgerlichen Gesprächen weiter und hat vielfach und systematisch das Beichtgeheimnis gebrochen.

2022 wurden unter Mithilfe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur (LAKD), Maria Nooke, und ihrer Stellvertreterin Susanne Kschenka ehemalige politische Inhaftierte gefunden, die mit Giebeler Kontakt gehabt hatten. Manche von ihnen hatten nach so vielen Jahren nicht mehr die Kraft, zu einem Gespräch mit dem Bischof zu kommen. Andere waren überrascht und froh über das Signal dieser Kirche 30 Jahre nach der Enttarnung von Giebeler als IM „Roland“.

In der Gesprächsvorbereitung war für alle Beteiligten die angespannte Frage, wie eine solche Begegnung mit kirchlich Leitenden für die ehemaligen Inhaftierten, die Giebeler erlebt hatten, tatsächlich eine gute Begegnung werden kann. Schmerz, Erinnerung, innerlich „Weggelegtes“ würden präsent sein. Ein Teil des Ertrugenen wurde für diejenigen, die mit 17, 18 oder 25 Jahren Quälendes erfahren mussten, wieder gegenwärtig. Und die Tatsache: Auch die „Hilfe“ eines „Seelsorgers“ war letzten Endes Betrug. Nach 1989 gab es gegen Giebeler keine dienstrechtlichen Konsequenzen.

Wie konnte das Schattenspiel aufrecht erhalten werden?

Jahrzehnte später haben nun die Eingeladenen dem Bischof Einblick gegeben in ihr persönliches Erleben. Sie wollten allerdings am gemeinsamen Tisch der Erinnerung



Das Frauengefängnis Hoheneck – zu DDR-Zeiten: Strafvollzugseinrichtung (StVE) Stollberg (Hoheneck). Der Name „Hoheneckerinnen“ wurde zum Synonym für die aus politischen Gründen inhaftierten Frauen in der DDR. Etwa 24 000 Frauen waren in Hoheneck inhaftiert. Es gab Zellen für Isolationshaft und Dunkelhaft.

nicht nur um die verlogene Existenz eines damaligen Pfarrers kreisen. Wichtiger war ihnen: Wie konnte Giebler dieses „Schattenspiel“ so aufrechterhalten – auch unter Schutz und Begleitung der Kirchenleitenden? Warum blieb es so schwer, sich nach 1989 von Eckart Giebler zu trennen?

Und ein Zweites war den Zeitzeugen wichtig: Sie erwarten, dass die evangelische Kirche, insbesondere die EKBO, deutlich spricht und handelt. Die Nachkommen müssen dafür sorgen, dass die damals durch Giebler Geschädigten nicht nur gehört werden. Sie wünschen sich ein öffentliches Wort zur Übernahme der Verantwortung, etwa im Rahmen eines Gottesdienstes. Gieblers Berichten, Bloßstellen, Verraten und die unterlassene Hilfe, all das ist zur Schuld geworden, die auch die heutige Gemeinschaft der Schwestern und Brüder im Gedächtnis trägt. Nur wo Schuld konkret benannt ist, gibt es Chancen auf neues Vertrauen.

Was folgt aus dem Erzählen, bei dem in manchen Momenten des Zuhörens der Atem stockte? Demut bei den Hörenden angesichts des eindrücklichen Willens der Eingeladenen, die an diesem Tag bereit

waren, Zeugnis zu geben. Sie haben wiederum dankbar rückgemeldet, wie gut ihnen der Austausch getan hatte. Nun dürfen sie erwarten, dass alles Gewesene öffentlich und konkret genannt und Verabredungen zur weiteren Aufarbeitung eingehalten werden. Dieser Weg ist eingeschlagen.

Zum Hintergrund

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur hatte in der Ausgabe des „Stacheldraht“ Nr. 6/2022 einen Aufruf veröffentlicht, wo Zeitzeug gesucht wurden, die den Gefängnisseelsorger Eckart Giebler in ihrer Haftzeit erlebt hatten. Durch diesen Aufruf u.a. haben sich etliche Menschen bei der Beauftragten des Landes Brandenburg gemeldet. Einige von ihnen haben im Dezember 2022 an einem Gespräch mit dem Bischof der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) teilgenommen. Dort verabredete man auch, dass die Stellvertreterin des Bischofs, Pröpstin Bammel, einen Artikel über die Begegnung schreibt, der nun auch im „Stacheldraht“ erscheint.

Lesetipps

- Marianne Subklew-Jeutner, Schattenspiel. Pfarrer Eckart Giebler zwischen Kirche, Staat und Stasi. Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Band 12, Metropol Verlag 2019. 456 Seiten.
- Matthias Storck, Karierte Wolken. Lebensbeschreibungen eines Freigekauften (Edition C–C) Taschenbuch, Brendow Verlag, Moers 1996, 160 Seiten..
- Andreas Beckmann, Regina Kusch, Gott in Bautzen – Gefangenenseelsorge in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin 1994, 256 Seiten

Das Frauengefängnis Hoheneck – zu DDR-Zeiten: Strafvollzugseinrichtung (StVE) Stollberg (Hoheneck). Der Name „Hoheneckerinnen“ wurde zum Synonym für die aus politischen Gründen inhaftierten Frauen in der DDR. Etwa 24 000 Frauen waren in Hoheneck inhaftiert. Es gab Zellen für Isolationshaft und Dunkelhaft. Foto: Wikipedia CC BY-SA 2.0

Christina-Maria Bammel, aus: die Kirche NR. 17 / 23. APRIL 2023

Politische Haft in der DDR – Gesundheitliche und gesellschaftliche Folgen

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung widmete sich in ihrer Veranstaltung am 19. April 2023 dem Thema „Politische Haft. Gesundheitliche Folgen bei politisch Inhaftierten der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR“. Ein Thema, welches zwar in Betroffenen- und Aufarbeitungskreisen stets große Beachtung findet, aber bis heute keine würdige Anerkennung in der breiten Gesellschaft gefunden hat. Noch immer gibt es Menschen, die glauben, wer in der DDR in politischer Haft war, muss „schon etwas Unrechtes“ getan haben oder dass es den Opfern nur um die Entschädigung ginge.

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Charité-Universitätsmedizin Berlin geplant und durchgeführt. Sie diente u.a. der Vorstellung der vorläufigen Forschungsergebnisse des Teilprojektes „Körperliche und psychische Folgen politischer Haft“ aus dem Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“.

So berichteten Prof. med. Stefan Röpke und Tolou Maslahati von der Charité eingangs über die Initiative zum Forschungsverbund und die von ihnen angewendeten wissenschaftlichen Methoden bei der Durchführung des Projektes. Einige von unseren Lesern werden an der Studie teilgenommen haben und kennen somit die Fragebögen, psychologischen Interviews, die neurokognitiven Tests, aber auch die Blut- und Organuntersuchungen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass weiterhin Betroffene und deren Nachfahren als Probanden aufgenommen werden können.

Erstmalig wurden und werden mit dieser Studie die körperlichen Folgen von politischer Haft untersucht und auf eine breite Basis gestellt. Bisher konnten die Untersuchungsergebnisse von 450 Betroffenen und deren Nachfahren mit einem Mindestalter von 18 Jahren in die Studie einfließen. Dabei bestätigten die bisherigen Auswertungsergebnisse die Vermutungen, dass die Wahrscheinlichkeit, u.a. an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Sucht-krankheiten und Schlaflosigkeit zu leiden,

höher ist, als bei der Normalbevölkerung. Sehr anregend war auch der für den Laien gut verständliche Exkurs in die Epigenetik, einer jungen Wissenschaft, die sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit unsere Gesundheit durch Gene oder die Umwelt beeinflusst wird. In diesem Rahmen ist natürlich die mögliche Vererbbarkeit von Traumata und deren Folgen von Interesse.

Weiterhin berichteten Prof. Röpke und Frau Maslahati, dass ihr Team immer wieder feststellen musste, wie sehr die Betroffenen darunter leiden, dass die breite Gesellschaft ihr Leid nicht anerkennt. Das konnte durch Michael Körner (LAKD), Referent für Rehabilitierung und Entschädigung, mit seiner langjährigen Berufserfahrung bestätigt werden. So berichtete Herr Körner, dass im Land Brandenburg (Stand 31.12.2022) knapp 4.600 Betroffene nach erfolgreicher Rehabilitierung die Opferpension beziehen würden, jedoch lediglich 129 ehemalige Häftlinge eine Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz erhielten. Das seien lediglich



2,8 % der ehemaligen Häftlinge. Nehme man diejenigen Haftopfer hinzu, die weniger als 90 Tage rechtsstaatswidrig in Haft waren, wäre die Quote noch geringer und es dränge sich der Eindruck auf, Haftfolgeschäden seien eher eine Randerscheinung, die nur ganz wenige ehemalige Häftlinge betreffen würde.

Im krassen Widerspruch hierzu stehe zum Beispiel das Ergebnis der Brandenburger Sozialstudie aus dem Jahr 2020, in der deutlich mehr als die Hälfte aller Studienteilnehmer angab, auch heute noch an gesundheitlichen Folgeschäden zu leiden.

Insgesamt hätten sich zwischen 2020 und 2022 56 Betroffene dazu entschlossen, beim Brandenburgischen Landesamt für Gesundheit und Versorgung (LASV) einen Antrag auf Gewährung von Beschädigtenversorgung zu stellen. Nach ein bis zweijähriger Wartezeit, in der die Be-

troffenen oftmals keinerlei Rückmeldung vom Versorgungsamt erhalten würden, – Sie, liebe Leser, kennen das Problem – ergehe ein erster Bescheid. Im selben Zeitraum wären 36 Antragsteller mit dem erhaltenen Bescheid nicht einverstanden gewesen und hätten gegen diesen Widerspruch eingelegt. Nicht einem einzigen Widerspruch wäre im genannten Zeitraum vom Versorgungsamt stattgegeben worden. Insgesamt 20 ehemalige Häftlinge hätten zwischen 2020 und 2022 die Kraft gehabt, gegen ihren ablehnenden Widerspruch Klage einzureichen. (Aufgrund der langen Verfahrensdauer dürfte – wenn überhaupt – nur über die wenigsten dieser Klagen bereits entschieden worden sein.) Insgesamt 9 in der Regel viele Jahre dauernde Klageverfahren hätten in dem Zeitraum einen zumindest teilweise erfolgreichen Abschluss gefunden; 13 Klagen wären hingegen ohne Erfolg geblieben.

Obwohl die vorläufigen Ergebnisse der Charité-Studie eine höhere Wahrscheinlichkeit postulieren, kann nach wie vor eine Kausalität im Einzelfall nicht uneingeschränkt nachgewiesen werden. Umso mehr obliegt es nun den Betroffenen sowie den in der Aufarbeitung und Beratung engagierten und vor allem empathischen Menschen und Bürgern dieses Landes, den Wissenstransfer an die zuständigen Verwaltungsbehörden zu unterstützen und einzufordern.

Die Veranstaltung wird von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung als Podcast aufbereitet und voraussichtlich ab Juli auf deren Webseite abrufbar sein.

<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/>

Sandra Czech, UOKG

Der Freikäufer

Zum Tod von Ludwig Rehlinger

Historische Persönlichkeiten, die still und mit wenig Aufsehen in die Zeitgeschichte eingreifen, sind selten. Ludwig Rehlinger, ist eine davon. 1927 in Berlin geboren, lernt er bereits als 16-Jähriger die Schrecken des Krieges kennen. Fast alle seine Schulkameraden fallen. Nach englischer Kriegsgefangenschaft studiert er an der Humboldt-Universität Berlin. Von den kommunistischen Ideologen bald verbannt, folgen Studiensemester in Jura und Volkswirtschaft an der Freien Universität und in Innsbruck. Seit 1955 ist er als Rechtsanwalt tätig, bevor er 1957 in das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eintritt. Dort legt der junge Ministerialbeamte den Grundstein für einen Verwaltungsvorgang, der intern „Besondere humanitäre Bemühungen“ genannt und erst mit dem Mauerfall enden wird.

Was sich so banal anhört, ist ein ungewöhnliches aber knallhartes Ost-West Geschäft. Es ist der sogenannte „Freikauf“, das Geschäft mit der „Ware“ Mensch, ein moderner Sklavenhandel. Die ersten Verhandlungen über den systematischen Freikauf von politischen Gefangenen beginnen schon kurz nach dem Mauerbau. Es ist die Zeit, in der sich die SED-Regierung unter Ulbricht und die Bundesregierung mit Adenauer an der Spitze geradezu feindlich gegenüberstehen. Und doch werden im Schatten des Kalten Krieges

und durch Männer wie Ludwig Rehlinger, vor aller Öffentlichkeit verborgen, vorsichtig Fäden gesponnen. Während der zuständige Bundesminister Rainer Barzel zunächst Bedenken vorträgt, erkennt der Verleger Axel Springer die einmalige Chance und bietet selbst Hilfe an.

Nutznieser sind beide Seiten. Während der Westen die Freilassung der oft langjährig Inhaftierten erreicht, füllt sich die stets klamme Staatskasse im Osten mit begehrten Devisen. Moralische oder gar ideologische Bedenken, seine Bürger dem Klassenfeind zu verkaufen, gibt es offenbar nicht. Dafür preisen die SED-Propagandisten von Kurt Hager bis Karl-Eduard von Schnitzler lieber die Vorzüge des „wahrhaften Humanismus“ im Arbeiter- und Bauernstaat. Diesem fließen, bis an sein Ende, damit fast 3,4 Milliarden DM zu. Das ist über das Dreifache des umstrittenen Straußkredits. Als Gegenleistung werden 33.755 Häftlinge aus den DDR-Gefängnissen entlassen. Nicht alle dürfen danach ausreisen. Das Geschäft betrifft nicht nur politische Gefangene, sondern auch über 2000 Kinder, die durch den Mauerbau getrennt, im Rahmen der Familienzusammenführungen zurück zu ihren Eltern können.

Doch diese Dimension kann der junge Ministerialbeamte Rehlinger nicht erahnen, als er im September 1963 auf seinen

ersten Freikauf wartet. Dabei wird er am Lehrter Stadtbahnhof in Geheimdienstmanier einem Mittelsmann ein Päckchen mit Bargeld in den anfahrenen S-Bahnzug reichen. Vorausgegangen ist das Angebot des Ostberliner Anwaltes Vogel, der im Auftrag der Staatssicherheit handelt. Doch statt der avisierten 1000 Häftlinge, die im Westen alle aktenkundig sind, bekommt die Ostseite kalte Füße und teilt Rehlinger mit, dass nur noch 500 Häftlinge freikämen. Wieder muss der Beamte unter den tausend Akten prüfen und auswählen, wem er in die Freiheit verhilft. Es ist die bedrückendste Zeit für den 36-Jährigen. Noch bedrückender wird sie, als Vogel schließlich das Angebot auf 100, dann auf 50 und am Ende auf 10 Häftlinge reduziert. Unter den ersten 8, die es dann wirklich schaffen, befinden sich zwei Mitglieder der Jungen Gemeinde aus Berlin-Schmöckwitz. Ihr Vergehen: Sie hatten während einer Dampferfahrt auf der Ostsee sich den Scherz erlaubt einen Zettel zu schreiben und den Kapitän, „seine Majestät“, wegen der „guten Stimmung an Bord“ um Weiterfahrt Richtung Bornholm gebeten. Für die jungen Männer, die ihre Rüstzeit mit dem Ausflug krönen wollten, endet dieser Scherz vor dem Bezirksgericht Rostock. Beide erhalten 8 Jahre Haft.

Vom Erfolg des ersten Freikaufs überzeugt, folgen weitere. Immerhin warten 12.000 politische Gefangene in den SED-Zuchthäusern. Und der Nachschub reißt nicht ab. Doch Routine wird das Geschäft noch lange nicht. Spektakuläre Bot-

schaftsbesetzungen oder Agentenaustausche auf der Glienicker Brücke eröffnen immer neue Handlungsfelder. Fast immer ist Ludwig Rehlinger, der sich nie in den Vordergrund drängt, dabei. Erst recht, als er nach einem Zwischenspiel als Präsident des Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben zum Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium aufsteigt. Ihm ist sehr wohl bewusst, welche große Verantwortung er trägt. Denn es geht um „die Verpflichtung dem Nächsten gegenüber, der unschuldig leidet“, wie er es selbst ausdrückt. Und das elektrisiert ihn, weil nur der Freikauf in die Freiheit führt.

Noch vor dem Ende der DDR wird Ludwig Rehlinger für wenige Monate unter dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, Senator für Justiz in Berlin. Doch die deutsch-deutschen Themen lassen ihn

nicht los. Neben Willy Brandt, Lothar de Maiziere, Johannes Rau, Bärbel Bohley, Martin Walser u.v.a. wird er im Januar 1990 Gründungsmitglied des ersten gesamtdeutschen Vereins, der Deutschen Gesellschaft e.V. Dem Ziel, den Vereinigungsprozess zu begleiten, aufzuklären und Vorurteile abzubauen, verschreibt er sich als Vorsitzender und später als Ehrenvorsitzender.

1998 zieht die Familie Rehlinger aus Bonn nach Eichwalde bei Berlin. Die Umgebung gefällt dem passionierten Jäger und leidenschaftlichen Segler. Unweit entfernt liegt ein See, wo Rehlinger einst unbeschwerte Kindheitstage verbrachte.

Am 28. März 2023 stirbt Ludwig Rehlinger, hochbetagt. Es mag eine Ironie der



Jürgen Engert (links) im Gespräch mit Ludwig Rehlinger.

Geschichte sein, dass er auf jenem Friedhof in Eichwalde seine letzte Ruhe findet, auf dem ausgerechnet Karl-Eduard von Schnitzler begraben ist.

Andreas H. Apelt

Plattform Europäisches Gedächtnis und Gewissen

Prag, 25. April 2023. Ex-CSSR-Minister Vratislav Vajnar (*1930) wird, wenn er bei Verstand ist, wegen Mordes an Flüchtlingen an der ehemaligen tschechoslowakisch-deutschen Grenze verurteilt. Das tschechische Bezirksgericht Prag 1 hat in Abwesenheit den Hauptprozess gegen den ehemaligen Innenminister Vajnar im Fall der Tötung von Zivilisten am Eisernen Vorhang 1983-1988 eröffnet. Der Angeklagte entschuldigte sich aus gesundheitlichen Gründen. Nach Verlesung der Anklageschrift, Zeugenaussagen und Prüfung der Beweisdokumente, forderte das Gericht auf der Grundlage der Argumentation der Verteidigung ein drittes medizinisches Gutachten über den Angeklagten an. Die Verhandlung wurde auf den 15. August 2023 vertagt.

Dies ist ein großer Erfolg für die Plattform des Europäischen Gedächtnisses und Gewissens, die im Rahmen des Projekts „Gerechtigkeit 2.0“ einen legalen Weg gefunden hat, die Mauer der Straflosigkeit für die Täter schwerer Verbrechen des Kommunismus zu durchbrechen. 2016 erstattete sie in Deutschland Strafanzeige in den Fällen von fünf Deutschen, die an der tschechoslowakischen Grenze getötet wurden, und nannte die gesamte Kette der Verantwortlichen, beginnend mit hohen kommunistischen Partei- und Staatsbeamten. Ein Jahr später, im Jahr 2017, wurde eine ähnliche und erweiterte Strafanzeige bei der Obersten Staatsan-

waltschaft in Brünn eingereicht. Daraufhin wurde ein gemeinsames tschechisch-deutsches Ermittlungsteam gebildet. Als Ergebnis mehrjähriger Bemühungen ist die heutige Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Ersttäter Ex-Minister Vajnar, der für den Tod von František Faktor (+1984), Hartmut Tautz (+1986), Johann Dick (+1986) und die Verletzungen von Jürgen Seifert (1983), Wolfgang Günter Hofmann (1986) und Uwe Lenzendorf (1988) verantwortlich war.

Die Richterin, Frau Kateřina Rybáková, gab dem Antrag der Verteidigung statt und vertagte die Anhörung bis zum 15. August, wenn eine weitere, dritte ärztliche Beurteilung des Zustands des Angeklagten vorzulegen ist. Staatsanwältin Katarína Kandová schlug eine zweijährige Bewährungsstrafe mit einer dreijährigen Bewährungsfrist und eine Geldstrafe von 100.000 CZK vor.

Auf der anschließenden Pressekonferenz der Plattform sagte Dr. Lubomír Müller, der Anwalt der Opfer, vor Journalisten, dass dies der erste derartige Fall sei, der vor Gericht gestellt werde. „Der Angeklagte hat ausgesagt, dass er Švejk mag, ihn gut kennt, ihn viele Male gelesen hat. Es stellt sich die Frage, ob Švejks Lebenseinstellung eine Inspiration für seine Verteidigung in diesem Verfahren ist.“, sagt Dr. Müller. Sie fügt hinzu: „Dass der Fall überhaupt vor Gericht verhandelt wird, ist eine moralische Genugtuung für die Opfer.“

„Ein konsequenter nächster Schritt wäre, andere Personen, die Teil des Staatsapparates waren, strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Ähnlich wie in Deutschland bei den sogenannten Berliner Mauerschützenprozessen“, sagt Strafrechtsexperte Konrad Menz von der Berliner Kanzlei Derra, Meyer & Partner.

„Wir warten seit fast sieben Jahren auf den Ausgang unserer Strafanzeige. Die Strategie der Täter ist klar, sie finden Ausreden. Es ist traurig, dass es der tschechischen Justiz trotz der Tatsache, dass es sich um schwere Verbrechen handelt, immer noch an Kraft und Schärfe mangelt und dass sie den Angeklagten mehr Zeit lässt“, sagt Dr. Neela Winkelmann, ehemalige Direktorin der Plattform.

Die UOKG ist Mitglied in der PLATFORM – Sybille Krägel war schon dreimal zu Kongressen abgeordnet, zuletzt in Prag im November 2022. Sybille Krägel ist Beisitzerin im Vorstand der UOKG.

Weitere Informationen auf der deutschsprachigen Internetseite von Radio Prag. Prokop Tomek: „Tschechoslowakischer Ex-Innenminister steht vor Gericht wegen Grenztoten“.

<https://deutsch.radio.cz/tschechoslowakischer-ex-innenminister-steht-vor-gericht-wegen-grenz-toten-8781310>

Weihnachten brachte die Wende – Erinnerungen eines Heimkehrers

Kreis Geldern. Nach langen Jahren der Kriegs- und Zivilgefangenschaft brachte das Jahr 1955 so manchem Heimkehrer endlich wieder ein Weihnachtsfest in der Heimat. Das festliche Erleben unter dem Lichterbaum wird die Erinnerung an die Zeit der Gefangenschaft nicht bannen können. Der nach Kevelaer heimgekehrte Bernhard Schulz hat seine Erinnerung an Weihnachten hinter Stacheldraht in Russland für die Leser der Rheinischen Post niedergeschrieben.

Der ehemalige Workuta-Häftling Bernhard Schulz, überglücklich wieder in Freiheit zu sein, schrieb 1955 diesen Bericht für die Rheinische Post. Er betont, wie wichtig die Lebenszeichen aus der Heimat und die Lebensmittelpakete waren. Sie gaben den Häftlingen wieder Hoffnung und Lebensmut. Bernhard Schulz und seine Frau Edith (damals noch Verlobte) mussten insgesamt über 8 Jahre Haft von September 1947 bis Oktober 1955 in Workuta verbüßen.

„Weihnachten 1953. Das 7. Weihnachtsfest in Gefangenschaft, ohne Nachricht von den Lieben zu Hause, ohne Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat, ohne Weihnachtsbau, ja überhaupt ohne allen festlichen Glanz. Nichts von alledem, und doch ist in uns allen eine Stimmung, wie man sie nur zu Weihnachten hat. Wir sitzen zusammen, einige summen „Stille Nacht, heilige Nacht“, dann erzählt einer eine Geschichte aus dem Feld, aber bald wird es still, und jeder hängt seinen Gedanken nach. Als ich mich in unserem Kreise umsehe, glänzt es verdächtig in manchen Augen. Aber auch mir sind die Tränen nahe, und so gehe ich still hinaus in die kalte, klare Winternacht. Über mir Myriaden von Sternen, die jetzt auch in der Heimat am Himmel stehen. In der Fern flackert grünlich der Schein eines Nordlichts, und rings am Horizont glitzern über die weiten, endlosen Schneeflächen Tausende von Lichtern. Ich will heute keine Bitterkeit in meinem Herzen aufkommen lassen, und deshalb schaue ich zum Himmel hinauf, und ein kurzes Gebet steigt hoch zu dem, der über den Sternen unser aller Leben in seinen Händen hält. Ich gedenke meiner Angehörigen und aller, die mir liebe sind und bin plötzlich ganz ruhig und erfüllt von Dankbarkeit, tiefer Zuversicht und Hoffnung, dass einmal der Tag kommen wird, an dem ich die Heimat

und alle meine Lieben wiedersehen werde, an dem alle Not ein Ende haben und ein neues Leben uns für die vergangenen Jahre entschädigen wird.

Das sind meine Gedanken an diesem Weihnachtsabend 1953. Gern hätte ich sie irgendwie den Lieben zu Hause mitgeteilt, aber noch wussten wir alle nichts von dem Glück, das uns zwei Tage nach Weihnachten zuteil werden sollte. Ich will es kurz erzählen. Am zweiten Weihnachtsfeiertag erhielten wir alle vom sowjetischen Polit-Offizier je eine Postkarte des Sowjetischen Roten Kreuzes mit der Weisung, die Karte so schnell wie möglich zu schreiben und wieder abzugeben. Na, das war eine Freude. Eigentlich war ich ja ein bisschen misstrauisch, denn ich musste unwillkürlich daran denken, wie oft uns die Russen schon mit allen möglichen Dingen hinters Licht geführt hatten, aber ich schrieb trotz allem schnell die paar Zeilen mit dem Notwendigsten und Wichtigsten, denn für mehr war ja auf der Karte kein Platz. Bald hörten wir, dass unsere ersten Lebenszeichen nach der langen Zeit des Verschollenseins auf dem Wege nach Deutschland wären. Und damit begann eigentlich die aufregendste Zeit der ganzen Gefangenschaft, die Zeit des Wartens. Es verging ein Monat nach dem anderen. Die Pessimisten unter uns, die zuerst unter dem Druck der allgemeinen Freude sehr schweigsam geworden waren, erhoben wieder ihre Stimmen und triumphierten, dass sie letzten Endes mit ihren Vorausagen recht behalten würden.

Dann kam alles ganz anders. Gegen Ende des dritten Monats, nachdem wir unsere Grüße in die Heimat geschickt hatten, ging durch unser Lager plötzlich wie ein Lauffeuer die Nachricht, es seien Pakete für die Deutschen da. Jawohl, Pakete für uns aus Deutschland. Ich sah den Kameraden, der mir die Nachricht gebracht hatte, erst einmal ganz verständnislos an. Dreimal musste er mir die Neuigkeit wiederholen, ehe ich es begriffen hatte, und dann glaubte ich es trotzdem noch nicht ganz. Es wird eine Parole sein, dachte ich mir, irgendein Gerücht, deren ich schon so viele erlebt hatte. Hin und her gingen meine Gedanken. Pakete, dachte ich immer wieder, Pakete aus Deutschland. Alle die Dinge, die

für einen im normalen Leben stehenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sind, die für uns aber schon jahrelang unerreichbare Kostbarkeiten waren, die wir beinahe schon vergessen hatten, kamen mir plötzlich wieder in Erinnerung. Ich überlegte mir dies und jenes. Was konnte nicht alles in so einem Paket drin sein! Wie ein heißer Strom ging mir der Gedanke durch den Kopf, dass ein Paket ja Fotografien, Bilder von den Lieben enthalten konnte. Ganz in Gedanken schlug ich den Weg zur Postausgabe ein, um mich von der Richtigkeit dieser unglaublich erscheinenden Nachricht zu überzeugen. „Jawohl“, sagte mir der estnische Kamerad, der in der Paketausgabe arbeitete, „dreizehn Pakete sind da für euch, sie werden gleich ausgegeben.“ Da jedoch nach russischer Manier erst noch eine Menge Formalitäten zu erledigen waren, dauerte es fast zwei Stunden bis die Pakete ausgegeben wurden. Gewiss, es war für die 91 Kameraden von unseren 104 Mann, denen das Schicksal nichts beschert hatte, im ersten Augenblick eine gewisse Enttäuschung, aber schließlich gewann die gemeinsame Freude die Oberhand. Es war wirklich ein Ereignis, an dem das ganze Lager teilnahm. Ja, sogar unsere Lageroffiziere waren sichtlich beeindruckt. Mein Freund, der auch ein Paket aus Westdeutschland bekommen hatte, erzählte mir, wie der russische Offizier, der die Paketausgabe überwachte und kontrollierte, jede Konservendose, jede Zigarettenschmuckpackung bewunderte, wie er sich köstlich über ein Kistchen Zigarren amüsierte, deren er in seinem Leben noch keine gesehen hatte. Als dann nach einigen Tagen eine weitere Sendung mit etwas dreißig Paketen eintraf und es mit jeder neuen Sendung mehr wurden, waren wir „Njemtze“ das Gespräch des Tages. Unser Selbstbewusstsein, das in der langen Zeit der Ungewissheit sehr gelitten hatte, wurde wieder wach. Jedes einzelne Paket, und hierbei ganz besonders die Pakete, die von unbekanntem Spendern, von uns völlig fremden Menschen, von den Kindern eines Kinderheims, von Schulklassen usw. geschickt wurden, gaben uns neuen seelischen Halt. Gerade durch diese Pakete kam uns immer wieder neu zum Bewusstsein, dass wirklich nicht nur unsere Angehörigen an uns dachten und uns nicht vergessen hatten, sondern dass die ganze Heimat lebendigen Anteil an unserem Schicksal nahm.

Auch die russischen Gefangenen waren ein über das andere Mal erstaunt,

wenn sie hörten, wie viele Pakete wir von unbekanntem Spendern bekamen. Besonders interessant war die von uns mit großer Genugtuung aufgenommene Tatsache, dass unsere gesellschaftlich Stellung innerhalb des Lagers, die ziemlich an letzter Stelle rangiert hatte, plötzlich einen erheblichen Aufschwung nahm. Brigadiere, Barackenälteste und andere Lagerprominenz, die uns sonst kaum über die Schulter angesehen hatten, gaben sich plötzlich die größte Mühe, unser Wohlbefinden zu erringen. In der deutschen Kolonie war über Nacht der „Wohlstand ausgebrochen“. Das Wort „Westdeutschland“, das trotz der dauernden Lügenpropaganda der russischen Presse schon immer einen guten Klang hatte, gewann noch mehr an Ansehen. Vier Wochen nach dem Eintreffen der ersten Pakete trafen dann auch die ersten Antwortkarten von unseren Angehörigen ein. Und damit war eigentlich unser Glück fürs erste vervollständigt. Die Tage, die uns bisher immer so schrecklich lang erschienen waren, vergingen nun wie im Fluge. Es wurde jetzt nicht mehr nach Wochen und Monaten gerechnet, sondern nur noch nach

den Daten der Paketausgaben. So kam ganz unmerklich das Weihnachtsfest 1954 heran. Es wurde das schönste Weihnachten, das ich in Gefangenschaft erlebt, und es wurde auch das letzte. Die Verbindung mit der Heimat hatte sich inzwischen immer mehr entwickelt und gefestigt. Viele Kameraden, deren Eltern in der Ostzone beheimatet waren, und die nicht ausreichend für ihre gefangenen Angehörigen sorgen konnten, wurden regelmäßig von unbekanntem Spendern aus dem Westen betreut. So gab es, als das Jahr 1954 zu Ende ging, nur noch wenige Kameraden, die noch keine Pakete aus der Heimat bekommen hatten. Aber auch für sie wurde gesorgt. Jeder der Paketempfänger spendete eine Kleinigkeit. Dann wurde für jeden ein schönes Paket gepackt, so dass auch sie am Weihnachtsabend einen kleinen Berg von heimatlichen Liebesgaben auf dem Tisch hatten.

Nun riss die Verbindung mit den Lieben nicht mehr ab bis zu dem Tag, da wir unsere Heimreise antraten. Was noch im Vorjahr ein stiller Wunschtraum war, einmal wieder mit seinen Angehörigen

unter dem Weihnachtsbaum sitzen zu dürfen, wird nun in diesem Jahre Wirklichkeit. Dass es tatsächlich wahr wurde, haben wir im Wesentlichen der liebevollen Fürsorge des Deutschen Roten Kreuzes und der anderen Hilfsorganisationen zu danken und darüber hinaus allen denen, die durch ihre opferfreudige und hilfsbereite Haltung dazu beigetragen haben, unser Los zu erleichtern und uns am Leben und gesund zu erhalten. Denn das möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben, ohne die Hilfe und Fürsorge der Heimat hätte manch einer von uns, die wir jetzt zurückkamen, seine Lieben nicht oder bestenfalls bei zerrütteter Gesundheit wiedergesehen.“ Bernhard Schulz, Rheinische Post, Dezember 1955.

Stefan Krikowski
Sprecher der Lagergemeinschaft
Workuta/GULag Sowjetunion
Mitglied in der Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewalt Herrschaft
(UOKG)
Tel. 030 – 78 71 48 18
smkrikowski@web.de
www.workuta.de



Zweiter Bundesfrauenkongress „Verronnene Zeit“ vom 06. bis 08. Oktober 2023 in Halle

Anmeldungen ab sofort möglich!

Ab sofort ist es möglich, sich für den Zweiten Bundesfrauenkongress anzumelden. Bitte senden Sie dazu formlos eine E-Mail an: kongress.halle@uokg.de oder einen Brief an: Bundesgeschäftsstelle der UOKG (Adresse letzte Seite)

Der Kongress wird vom 06. bis 08. Oktober 2023 in den Räumlichkeiten der Franckeschen Stiftungen in Halle stattfinden.

Unser vorläufiges Programm beinhaltet folgende Themen:

- Vorstellung von DDR-Frauengefängnissen (Roter Ochse, Hohenleuben)
- Widerstand von Frauen
- Traumafolgestörungen
- Zersetzung
- Gedenkstätte Hoheneck
- Zwangsarbeit in DDR-Frauengefängnissen

- Paragraph 249 StGB der DDR
- Resilienz / Widerstandsfähigkeit
- Schaffung von Netzwerken für betroffene Frauen

Zusätzlich wird es möglich sein an einer Führung wahlweise durch die Gedenkstätte Roter Ochse oder die Franckeschen Stiftungen teilzunehmen.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen oder persönliches Kennenlernen.



Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.

Anzeige/Aufruf

Frauen erzählen Verfolgungserlebnisse aus der Zeit von 1945 bis 1989 und, wie das Leben danach weiter ging. Angesprochen sind auch Angehörige und Freunde mit zu erzählen. In einem Buch sollen diese Erzählungen zusammen gefasst werden. Informationen erhalten Sie unter der E-Mail: info@verfolgteddrfrauen.de

Schlesien – Gedenkfeier und -fahrt nach Tost

Die nächste Fahrt nach TOST/Oberschlesien ist für den 22.-24. Sept. 2023 eingeplant, wie immer ab/bis Dresden mit einem bequemen Reisebus.

22.09.: Abfahrt von Dresden. Unser erstes Ziel ist diesmal Breslau/Wrocław, (sowohl der deutsche Name Breslau als auch der polnische Name Wrocław gehen auf den Stadtgründer, den böhmischen Herzog Vratislav I., zurück). Der deutsche Generalkonsul, Martin Kremer, wird unsere Reisegruppe im Generalkonsulat zu einem Gespräch empfangen. Anschließend ist ein geführter Stadtrundgang vorgesehen. Danach Weiterfahrt durch das schöne Schlesierland nach Gleiwitz/Laband (poln. Gliwice/Łabędy) zum Abendessen und Übernachtung.

Der 23.09. ist ganztags für Tost eingeplant, wo wir von der Vorsitzenden des DEUTSCHEN FREUNDSCHAFTSKREISES (DFK) Dorothea Matheja und Vereinsmitgliedern empfangen werden. Den Ablauf dieses Tages organisieren die Toster – wir sprechen uns ab – u.a. damit wir Einlass ins ehemalige Gefängnis bekommen, wo man sich ein wenig vorstellen mag von der Unterbringung und Behandlung der damaligen Gefangenen. Heute wird der etwas angejahrte Gebäudekomplex wieder als Hospital genutzt.

Im NKWD-Lager Tost waren 1945 ca. 4.500 Zivilisten eingepfercht, innerhalb weniger Monate kamen ca. 3.000 als Folge des zerstörerischen und sinnlosen 2. Weltkrieges um, in dem es eigentlich

keine Sieger gab. Und schon wieder werden 1.000 km weiter östlich vermeintliche „Faschisten“ getötet und ein Land verwüstet durch einen Nachbarstaat.

An unserer Gedenkstätte etwas außerhalb der Stadt nahe den Massengräbern wird ein feierliches Gedenken stattfinden, an der Oberbürgermeister Dr. Grzegorz Kupczyk mit Gattin und Mitglieder der Stadtverwaltung sowie weitere deutsche und polnische Persönlichkeiten teilnehmen werden.

Wie immer wird uns die ausgezeichnete Blaskapelle u.a. mit dem schon zur Tradition gewordenen erzgebirgischen Lied „’s Feierobnd“ erfreuen, das sich vor Jahren Verwandte für ihre in Tost umgekommenen Angehörigen gewünscht hatten.

Tradition ist ebenfalls ein zweisprachiger, ökumenischer Gottesdienst, zu dem auch der wunderbare Jugendchor unter der Leitung von Karina Kupczyk gehört, der sich bestimmt wieder unvergesslich in unsere Herzen singt.

Das gemeinsame schlesische Mittagessen mit „Kluski ślaskie“ – auf der historischen „Eichendorff-Burg“ – mit den Gästen des DFK ist ebenfalls eine schöne Tradition. Abends sind wir wieder im Hotel in Gleiwitz/Laband beim Abendessen und

Entspannen mit einem polnischen Piwo oder zwei.

Am 24.09. geht es zunächst nach KREISAU/KRYŻOWA. Kurz die Geschichte: ab 1940 traf sich im Schloss von Kreisau unter Leitung von Helmuth James Graf von Moltke die Widerstandsgruppe

„Kreisauer Kreis“. Die Gruppe flog auf, die meisten wurden noch im Frühjahr 1945 hingerichtet. Bei der „Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung“ habe ich eine Führung bestellt und ein anschließendes Mittagessen. Wenn es die Zeit erlaubt, sollten wir in Jauer/Jawor und Schweidnitz/Świdnica die herrlichen historischen Kirchen besichtigen. Gegen 20.00 Uhr können wir wieder in Dresden zurück sein.

Für Teilnehmer, die nach Dresden anreisen müssen, sind im Hotel IBIS Zimmer vorreserviert: vom 21./22.09. und 24./25.09. Es sind bereits einige Anmeldungen z.B. von „Wiederholern“ eingegangen. Dabei sind diesmal auch Evelyn Zupke, die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, sowie Dieter Dombrowski, Vorsitzender meines Dachverbandes UOKG – Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft.

Potentielle Teilnehmer bitte melden bei: Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost 1945 040 53320599 oder kraegel@uokg.de

Dieter „Susi“ Henger ist verstorben



Susi war ein ganz Aufrechter in Leipzig. Oft in Jena in der Gartenstraße.

Ende der 80er ausgereist und jetzt gerade wieder zurückgekehrt nach Leipzig, die Wohnung renoviert. Und dort mit gerade mal 70 Jahren gestorben. Letzten Samstag feierte noch seinen 70. Geburtstag im Kreise seiner Familie, konnte aber schon nicht mehr sprechen.

Renate Ellmenreich schreibt: „Er war oft ‚Briefträger‘, er konnte Nachrichten transportieren, weil das MfS nur seinen Spitznamen kannte, ihn lange nicht

identifiziert hatte.“ O-Ton Telefonkontrolle: „...bei der Groß hat eine Susi angerufen, aber die spricht wie ein Mann.“

Er hinterlässt seine Frau Marina und vier Kinder.

In Leipzig gehörte er zu der Gruppe um Peter Schiefner und Michael Maikel Damm. Mit Matz war er eng befreundet, die beiden hatten einen ähnlichen Humor. Die Trauerfeier findet am 26. Mai um 14.00 Uhr auf dem Parkfriedhof Leipzig-Plagwitz statt. Renate Ellmenreich wird sprechen.

Uwe Behr (links) und Dieter „Susi“ Henger (rechts). Foto von Maria Diете am Grab von Matthias Domaschk auf dem Nordfriedhof, 12. Juni 2022

47. Todestag von Michael Gartenschläger

30. April 2023, wie jedes Jahr an diesem Tag, trafen wir uns in der Nähe von Büchen an der ehemaligen Zonengrenze um das Andenken von Michael Gartenschläger zu ehren. Wir, das ist die Freundesgruppe Michael Gartenschläger innerhalb der VOS-Landesgruppe Hamburg.

Am dortigen „Großen Grenzknick“ hatte Michael bereits zweimal eine SM-70 Mordwaffe vom Metallgitterzaun der DDR-Grenzanlagen demontiert. Mit Hilfe des Hamburger Magazins „Der Spiegel“ wurden damals die Lügen des SED-Regimes widerlegt. Dieses Regime leugnete bis dahin deren Existenz. Die SM-70 waren mit scharfkantigen Metallwürfeln geladen. Hatte es ein Flüchtling bis an den Metallgitterzaun geschafft und berührte dabei versehentlich den gespannten Auslösedraht, wurde der Schuss ausgelöst. Entsetzliche Wunden, oft mit Todesfolge, waren die Folge. Beim Versuch in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 eine dritte SM-70 zu demontieren wartete bereits ein Kommando des MfS auf Michael. Sie schossen ihre Magazine leer...

Wir, die Freundesgruppe, sind sicher, ohne dieser patriotischen Tat von Michael wären wohl noch mehr Flüchtlinge

durch diese Selbstschussgeräte ums Leben gekommen. Denn nun wurden diese abgebaut. Uwe Rutkowski, der Leiter der VOS-Gruppe Hamburg und des Freundeskreises sowie Haftkamerad von Michael im DDR-Zuchthaus Brandenburg, würdigte mit sehr persönlichen Worten die Tat und die Person Michael Gartenschläger. Jetzt ziert wieder ein neuer Kranz der VOS das stählerne Gedenkkreuz. Das Kreuz an der Stelle, wo Michael aus seinem Leben gerissen wurde!

„Ich glaube, Michael ist während der Gedenkminute und beim Klang unserer Deutschen Nationalhymne dort oben auf seiner Wolke genau so andächtig gewesen wie wir. Vielleicht wünscht er sich dort auch wieder einmal seine Idole aus der Jugendzeit, Elvis, Bill und Ted zu hören. Wir werden sehen...“

Dort, am Grünen Band, sind Wanderer, Radler, Pilzsucher oder eben Interessierte an der deutschen Geschichte unterwegs. So kamen zu dieser Gedenkveranstaltung zwei Geschichtslehrer aus der näheren Umgebung hinzu. Diese wollen nun ihren Gymnasiasten das Erlebte weiter vermitteln. Gespräche der beiden Lehrer mit anwesenden Zeitzeugen ergänzten



ihren Wissensdrang. Der Wunsch unserer Freundesgruppe ist es, dass diese Gedenkstätte auf Dauer ihren Charakter und Zustand behält. Der Ort ist in Google Maps unter „Gartenschläger Eck“ leicht zu finden.

Harald Beständig
VOS-Ortsgruppe Hamburg




Projekt „Vergessene Kinder“ – Zeitzeugen gesucht!

Viele Betroffene von SED-Unrecht sind mittlerweile als Opfergruppe im öffentlichen Diskurs anerkannt und erhalten im besten Fall finanzielle Zuwendungen. Allerdings dachte lange niemand an die „Vergessenen Kinder“ von politisch-inhaftierten Eltern, die während der Haftzeit und auch darüber hinaus eben nicht in Kinderheimen und anderen Einrichtungen

der Jugendhilfe, sondern bei Verwandten und/oder Bekannten untergebracht worden sind.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie selbst als Betroffene oder Betroffener den Fragebogen ausfüllen oder ihn an betroffene Eltern, Verwandte und Bekannte weiterreichen würden. Das Projekt wird

von Sandra Czech, der wissenschaftlichen Mitarbeiterin der UOKG federführend geleitet und Zuschriften und Rückfragen bitte direkt an sie zu richten sind.

Link: UOKG • Vergessene Kinder: <https://www.uokg.de/vergessene-kinder/>
Digital: als ausfüllbares digitales Formular. Ausfüllen, abspeichern und per E-Mail an s.czech@uokg.de senden. 

Ein Blick hinter Mauern

Marie-Luise Knopp wurde 1942 in einem kleinen Ort in der Altmark, der späteren DDR, geboren. 10 Jahre arbeitete sie in der DDR nach ihrer Ausbildung als Deutsch- und Geschichtslehrerin in Leipzig. Wegen ihres ‚unangepassten Verhaltens‘ geriet sie schnell in die Fänge des Staatssicherheitsdienstes und wurde schließlich wegen geplanter Republikflucht auf offener Straße im Beisein ihres Sohnes verhaftet. Für ein Jahr steckte man sie in das berühmte Frauengefängnis Hoheneck. Nach dem Freikauf durch die Bundesregierung arbeitete sie 20 Jahre lang in einer Schule der Kinder- und Jugendpsychiatrie, später einige Jahre in einer Abteilung einer Universitäts-Kinderklinik. Parallel absolvierte sie ein Zusatzstudium mit dem Abschluss als Individualpsychologische Beraterin (DGIP).

Der Autorin half ihre psychotherapeutische Zusatzausbildung, mit der Last der

Schicksale der jungen Menschen umzugehen. So war sie sich bewusst, dass sie diesen Schicksalen nicht Macht über ihr eigenes Leben geben durfte. Immerhin hatte auch sie vor mehr als 30 Jahren eine schwere Krise erlitten, durch die sie zwar an Kraft gewonnen, die aber auch bei ihr Narben hinterlassen hat. Sie ist immer wieder vor der eigenen Geschichte davongelaufen. Bis ihr inzwischen 25-jähriger Enkel Calvin erkannte, dass es an der Zeit sei, sich der Vergangenheit zu stellen. Auch die 21-jährige Schwester Michelle-Pauline unterstützte ihre Großmutter bei ihrer Zeitzeugenarbeit.

Und endlich schaffte es die Autorin, diese Last über die Gefangenschaft in dem schrecklichsten Frauengefängnis Deutschlands und über die damals gewaltsame Trennung von ihrem Sohn Kai aufs Papier zu bringen.



.....
Marie-Luise Knopp: Ein Blick hinter Mauern. Kraft aus Krisen schöpfen, Geist-Verlag 2023, 204 Seiten, ISBN 978-3-86685-949-4

Der lange Weg zur Demokratie



.....
Reiner Hoffmann/Peter Seideneck (Hg.): Der lange Weg zur Demokratie. Von Berlin über Budapest nach Prag und Danzig, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 192 Seiten, ISBN: 978-3-8012-0648-2

Welchen Einfluss hatten die vier großen revolutionären Momente der Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa auf die Entwicklung der Demokratie in ganz Europa: der 17. Juni 1953 in der DDR, der Ungarische Volksaufstand 1956, der Prager Frühling 1968 in der ČSSR und die Solidarność-Bewegung 1980 in Polen?

Diese Frage beantworten die bekannten Historiker György Dalos, Ilko-Sascha Kowalczyk und Jean-Yves Potel in vier fesselnden Einzelbetrachtungen.

„Das hier vorgelegte Buch bietet eine hervorragende Synopse dieser demokra-

tiengeschichtlich für ganz Europa bedeutenden Ereignisse.“ Stefan Berger, Professor für Sozialgeschichte und Direktor des Instituts für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum.

„Ein bedeutsamer und unverrückbarer Bestandteil der europäischen Demokratiegeschichte wie der Geschichte der Arbeiterbewegung sind die gegen den diktatorischen Staatskollektivismus im Osten des Kontinents gerichteten radikal-reformerischen bzw. revolutionären Emanzipations- und Sozialbewegungen der 1950er bis 1980er Jahre. Deren wichtigste Stationen werden hier von ausgewiesenen Kennern untersucht und eindringlich dargestellt.“ Peter Brandt, Professor em. für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität in Hagen.

Hinweise der Redaktion

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise. Danke auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Beachten Sie auch unsere jeweiligen Zitate auf der letzten Seite

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2022 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

„Leipzig liest“

Es war eine große Freude, dass dieses Jahr das berühmte Lese fest „Leipzig liest“ wieder in vollem Umfang stattfinden konnte. Vom 27. bis zum 30. April wurde vom Bürgerkomitee Leipzig e.V. zur Vorstellung von Büchern, die sich mit den Auswirkungen der kommunistischen Diktatur sowie der Friedlichen Revolution auseinandersetzen, in die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ eingeladen. Insgesamt 18 Einzelveranstaltungen thematisierten die Auseinandersetzung mit Staatssicherheit und kommunistischer Diktatur, darunter Bücher über die Todesstrafe, über Spionage, verlassene und unheimliche Orte und das Wirken der DDR-Antiterrorereinheit. Mehrere Veranstaltungen befassten sich mit dem Thema Widerstand, Opposition und Repression in der SED-Diktatur. Ehemalige politische Gefangene berichteten von Ihren Erlebnissen in den Haftanstalten oder aus den sowjetischen Gulags. Im Mittelpunkt stand zudem die Aufarbeitung des DDR-

Staatsdopings sowie des DDR-Gesundheitswesens. Über Auftrittsverbote und Zensur berichteten der Hinstorff Verlag aus Rostock und Stephan Krawczyk im Konzert.

Im neunten Band der Schriftenreihe „Erinnerungen an politische Gefangenschaft“ der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS Sachsen) berichten vier Zeitzeuginnen und Zeitzeugen von ihren Haft Erfahrungen, die sie unter dem kommunistischen Regime als politische Gefangene im Zeitraum von 1945 bis 1989 erleiden mussten. Die Biografien zeigen die willkürliche Verhaftungspraxis und die menschenunwürdigen Bedingungen der Haft sowie die Nachwirkungen auf das spätere Leben.

Unter der Moderation der Autorin Ariane Zabel wurden aus dem neunten Band „Wie menschenverachtend das war“ die Biografien von Rudolf Schwar-

ze durch dessen Enkelin Steffi Lehmann und Elke Schlegel vorgestellt. Der frischgebackene Träger des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland Frank Nemetz, Landesvorsitzender der VOS Sachsen, ließ es sich nicht nehmen, die Begrüßungsworte zu sprechen. Der neunte Band zeichnet außerdem die Lebensgeschichten von Reiner Miserocchi und Manfred Zehl nach. Manfred Zehl ist bereits verstorben, der anwesende Sohn Harald beteiligte sich rege an der Diskussionsrunde mit Elke Schlegel, Steffi Lehmann und dem Publikum. Es war eine gelungene Veranstaltung und ich wünsche Ariane Zabel viel Erfolg bei weiteren Bänden der Schriftenreihe. Wie wir feststellen müssen, läuft uns die Zeit davon. Es ist umso wichtiger, diese Zeitzeugenberichte für zukünftige Generationen festzuhalten.

Elke Schlegel
Regionalbeauftragte der UOKG für RLP

Dimensionen des Verrats. Politische Denunziation in der DDR

Neben den zigtausenden hauptamtlichen Mitarbeitern konnte die Stasi auf zahlreiche IM bzw. weitere private Informanten zugreifen. Besonders ergiebig waren Denunziationen in verschiedenen sozialen Kontexten wie in der Familie, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft. Aber auch Friseure oder Kneipenbesucher konnten einiges preisgeben. Viele Lebenswege von DDR-Bürgern wurden dadurch nachhaltig beeinflusst. Als Kommunikationswege der Meldungen boten sich Briefe, Telefonate oder persönliches Vorsprechen an. Die Stasi Leipzig stand offen im örtlichen Telefonbuch („Bezirksverwaltung 701 Dittrichring 24, Telefon 70261“)

kam oder durch die Stasi selbst aus taktischen Gründen vorgetäuscht wurde.

Die Autorin stellt sich auch die Frage, welche Motivation zugrunde lag. Genannt werden u.a. „politische Notwendigkeiten“ und die daraus abgeleitete Pflicht, Verfehlungen zu melden. So konnte man Treue zum SED-Staat bekennen. Das melden politisch abweichender Meinungen und Äußerungen von Personen, oder aber z.B. der Besitz von Westzeitschriften oder das Hören und Sehen von Westsendern, all das konnten „meldepflichtige Umstände“ sein und sind Beispiel für Denunziation.

Eine pauschalisierte „Deutsche Denunzianten Republik“ war die DDR aber nicht, meint die Autorin und kommt zu dem Schluss: „Politische Denunziationen sind eine zwangsläufige Begleiterscheinung politischer Verfolgung, bei der die gesetzten Normen oder die bei ihrer Verletzung zu erwartenden Sanktionen nach freiheitlichen Maßstäben illegitim oder unangemessen waren.“

Der vorliegende Band ist der 59. in der Wissenschaftlichen Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs. Was ihn für politisch

oder geschichtlich interessierte Staatsbürger durchaus gut lesbar macht, sind abgedruckte Originalbriefe, Musteranzeigen, handgeschriebene Verpflichtungen, Karteikarten, Vermerke des zentralen Postoperativ sowie seitenlange Wortprotokolle bzw. Telefonmitschnitte.

Berthold Schäffner



.....
Anita Krätzner-Ebert: *Dimensionen des Verrats. Politische Denunziation in der DDR.* Vandenhoeck & Ruprecht Verlag 2023, 287 Seiten, ISBN 978-3525302149
.....

Wie lange noch?

Rächt sich in diesem Fall die ehemalige Führungsriege des DDR-Staates an denjenigen, die aus der DDR geflohen waren oder ist es eine Verschwörung der Bundesregierung und der Träger der gesetzlichen Rentenversicherungen? Wurde hier ganz systematisch eine politische Entscheidung außerhalb eines ordentlichen parlamentarischen Verfahrens im Geheimen getroffen, die das Recht in mehrfacher Hinsicht aushebelt? 1997 erfuhren die DDR-Flüchtlinge bzw. Übersiedler, die ja schon mehrere Jahre, teilweise Jahrzehnte, deutsche Bundesbürger waren, dass sie rückwirkend gleichgesetzt wurden mit den Bewohnern des Beitrittsgebietes, was rentenrechtliche Konsequenzen hat und sie sogar im Vergleich mit ihren ehemaligen Kollegen, die im Osten geblieben sind, enorm benachteiligt. Mit mehreren Gerichtsverfahren vor den Sozialgerichten und Petitionen an den Deutschen Bundestag hat Helfried Dietrich anfangs im Alleingang geklagt. Später hat er als Vorstandsmitglied der IEDF (Interessengemeinschaft ehemaliger Flüchtlinge e.V.) an Klagen vor dem Bundessozialgericht, dem Bundesverfassungsgericht bis hin zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mitgewirkt und sich nicht entmutigen lassen, für das einzutreten, was ihm immens wichtig ist. Es ging

zunächst darum, dass hunderttausende Betroffene bis zur Hälfte ihrer Alterseinkünfte einbüßen, aber mittlerweile liegt der Schwerpunkt darauf, dass mit dieser Praxis der Exekutive schon über Jahrzehnte hinweg nach Gutsherrenart essenzielle Rechtsstaatsgrundsätze missachtet werden.

„Wir haben nicht dafür gekämpft und vieles auf uns genommen, in den Westen zu gelangen, um uns dann hier vom Rechtsstaat an der Nase herumführen zu lassen...“

Helfried Dietrich wurde 1940 in Lutherstadt Eisleben geboren. Seit frühester Jugend ist es ihm ein Bedürfnis, den Dingen auf den tieferen Grund zu gehen, sei es bei naturwissenschaftlichen, technischen oder politischen Fragestellungen. Nach dem Abitur studierte er Chemische Verfahrenstechnik / Chemischen Anlagenbau und arbeitete danach in einem Volkseigenen Betrieb des Chemieanlagenbaus. Im Frühjahr 1986 stellte er mit seiner Frau und zwei Söhnen einen Ausreiseantrag. Nach fast dreieinhalb Jahren unter ständigen Schikanen erwirkte die Familie im Sommer 1989 die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und die genehmigte Ausreise in die Bundesrepublik. Jahrelang arbeitete er in einem Großbetrieb der Industrie in Hamburg als Projekttechniker und plante und realisierte um-

welttechnische Großanlagen. Seit über 20 Jahren ist er selbständig und betreibt eine kleine Firma für Maschinen- und Anlagenbau.

Seit nunmehr 25 Jahren wendet er sehr viel Zeit auf, den Vertrauens- und Rechtsbruch der Bundesregierung an den DDR-Flüchtlingen aufzuklären und für eine Rehabilitation zu kämpfen.



.....
 Helfried Dietrich: *Wie lange noch? Seit 30 Jahren vom Rechtsstaat geprellt*, Europa Verlagsgruppe, 333 Seiten, ISBN 9791220137218

DDR-Staatsdoping und die Folgen für die Sportler



.....
 Landesbeauftragte (Hg.): *DDR-Staatsdoping und Sportgeschädigte. Zur Aufarbeitung des DDR-Leistungssportsystems und der gesundheitlichen Folgeschäden*. ISBN 978-3-933255-69-3

Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher, stellte am 28. April 2023 das neue Buch „DDR-Staatsdoping und Sportgeschädigte“ vor. Die Publikation widmet sich in Beiträgen mehrerer Autoren der Aufarbeitung des DDR-Staatsdopings und dessen Folgen für die betroffenen ehemaligen Sportlerinnen und Sportler.

Über 15.000 Athletinnen und Athleten waren in das Leistungssportsystem der DDR eingebunden. Sie wurden ohne jegliche Rücksicht auf die gesundheitlichen Risiken für die sportpolitischen Ziele der DDR instrumentalisiert. Viele von ihnen leiden heute unter erheblichen Spätfolgen der verabreichten zahlreichen Präparate und des damit erreichten unverhältnismäßigen Trainingspensums, aber auch unter den Folgen von Leistungsdruck, Gewalt und Missbrauch. Nach einer ersten Veröffentlichung „Staatsdoping in der DDR. Eine Einführung“ von 2017, nimmt der neue Band nun insbesondere die Betroffenen auf ih-

rem Weg der persönlichen Aufarbeitung in den Blick. So möchte eine Betroffene mit ihrem Beispiel der Anerkennung des erlittenen Unrechts Mut machen. Neben der Vorstellung des Doping-Opfer-Hilfe-Vereins werden die strafrechtliche Aufarbeitung und die Motivation des DDR-Dopings sowie die westdeutsche Dopingpraxis und die heutige Präventionsarbeit beleuchtet. Hilfreich für Betroffene, aber auch für Ärzte und Therapeuten, für Mitarbeiter in Behörden und Beratungsstellen können darüber hinaus die Aufsätze zu den Verfahren der verwaltungsrechtlichen Rehabilitation und der damit verbundenen Versorgungsleistungen aufgrund der erlittenen Gesundheitsschäden sowie zu Möglichkeiten der Beratung und Therapie sein.

Bestellt werden kann die Publikation online unter www.landesbeauftragter.de/publikationen oder in der Geschäftsstelle der Landesbeauftragten. Mail: post@lamv.mv-regierung.de, Internet: www.landesbeauftragter.de

Die Weggesperrten

Umerziehung in der DDR – Schicksale von Kindern und Jugendlichen. Unerzogen, aufsässig, unverbesserlich – solche Zuschreibungen konnten in der DDR zu Einweisungen in Umerziehungsheime, Spezialkinderheime oder Jugendwerkhöfe führen. Wer sich nicht zur staatskonformen Persönlichkeit nach sozialistischem Vorbild formen lassen wollte, wurde weggesperrt.

Einen gerichtlichen Beschluss brauchte es dafür nicht. Angepasstheit und das Funktionieren im Kollektiv galten der SED als unverzichtbar für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. In das Leben renitenter Kinder und Jugendlicher wurde massiv eingegriffen, ihre Menschenrechte mit Füßen getreten. Viele von ihnen sind bis heute traumatisiert von den psychi-

schen und physischen Misshandlungen. Grit und Niklas Poppe erklären anhand einzelner Schicksale dieses wenig beachtete brachiale Umerziehungssystem.

Der menschenverachtende Umgang mit Kindern und Jugendlichen ist kein Al-

leinstellungsmerkmal der DDR. Die Autoren betrachten auch den Umgang mit „Schwererziehbaren“ in der NS-Zeit, das Schicksal der „Verdingkinder“ in der Schweiz sowie fragwürdige Methoden in der Bundesrepublik und in Heimen der Gegenwart.



.....
Grit Poppe, Niklas Poppe: Die Weggesperrten. Umerziehung in der DDR – Schicksale von Kindern und Jugendlichen. Propyläen Verlag, Berlin 2021, 416 Seiten, ISBN 9783549100400

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54, E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.
 Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
 Mo, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Wegbereiter der Mikroelektronik in der DDR

Der in Berlin geborene Physiker Werner Hartmann wirkte während des 2. Weltkriegs an der Entwicklung von Gleitbomben mit und danach gehörte er zu den deutschen Wissenschaftlern, die für Stalin die Atombombe bauten. Gemein-

sam mit Manfred von Ardenne gründete Hartmann

Mitte der 1950er Jahre in Dresden den VEB Vakutronik, 1961 die »Arbeitsstelle für Molekularelektronik«. Mitte der 1970er Jahre beschuldigten leitende Mitarbeiter mit SED-Parteibuch und Verbindungen zum MfS Hartmann, den unübersehbaren Rückstand der DDR in der Mikroelektronik bewusst herbeigeführt zu haben. Er wurde als Direktor abgesetzt und zum einfachen wissenschaftlichen Mitarbeiter degradiert.

Vorwort, Inhaltsverzeichnis, Einleitung unter:
https://www.duncker-humblot.de/_files_media/leseproben/9783428584468.pdf



.....
Gerhard Barkleit: Werner Hartmann. Wegbereiter der Mikroelektronik in der DDR, Verlag Duncker & Humblot; 1. Aufl., 15. Dezember 2021, 271 Seiten, ISBN: 9783428184460

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin, Tel. (030) 55 15 28 58
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Telefonische Sprechzeiten

Elke Weise, Juristin
 Di, 11–17 Uhr; Do, 11–17 Uhr
 Freitag nach Vereinbarung
 Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen.

Hinweis des BSV-Fördervereins

Wegen diverser Nachfragen ergeht folgender Hinweis: auch wenn der BSV-Förderverein demnächst schließen wird, erscheint der STACHELDRAHT uneingeschränkt weiter! Der BSV wird seine Mitherausgeberschaft an die UOKG abtreten, die dann der alleinige Herausgeber der Zeitschrift sein wird. Deshalb der dringende Aufruf: Daueraufträge und **Überweisungen ab dem 01. Mai. 2023** nur noch auf das Konto der UOKG:

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
 BIC DEUTDE33HAN
 Verwendungszweck
 „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Bestehende Daueraufträge an das bisherige Konto des BSV bitte rechtzeitig bei der zuständigen Bank abändern lassen.

Elke Weise
 Juristin, BSV-Förderverein für Beratungen

Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai und Juni Geburtstag haben

Christa Matuszewsky am 28. Mai, Margrit Schulze am 03. Juni, Ursula Geipel am 06. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Stefan Gemeinhardt, Axel Kurtz, Angelika Kurz, Florian Christoph, Alexander und Sandra Heise, Klaus-Peter Ruckebrod, Ulf Georgiew, Alexander Grow, Hannelore und Klaus-Peter Fritsch, Philipp-Thilo Mützel, Eduard und Monika Finger, Dr. Bernd Palm, Roland Briol, Erik Hofmann, Helga Kupte, Michael Striss, Michael Faber, Alexander Many Wörner, Helge Viereck, Bodo und Evelyn Platt, Erna Carbow, Volkmar und Sigrid Doberentz, Wilfried Und Helga Härte

Das Zitat

„Aber ich weiß, dass der Tag kommt, an dem sich die Finsternis über unserem Lande auflöst. An dem schwarz wieder als schwarz bezeichnet wird und weiß als weiß. An dem offiziell anerkannt wird, dass zwei mal zwei doch vier ist. An dem der Krieg wieder Krieg genannt wird und der Usurpator wieder Usurpator. An dem diejenigen, die diesen Krieg angezündet und ausgelöst haben, als Verbrecher bezeichnet werden – und nicht diejenigen, die versucht haben, ihn zu stoppen. (Wladimir Kara-Mursa)

Der russische Kremlgegner Wladimir Kara-Mursa wurde im April 2023 in Moskau wegen Hochverrats zu 25 Jahren Haft im Straflager verurteilt.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (0 30) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion mailto: der-stacheldraht@uokg.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 3/23: 12. Mai 2023

Redaktionsschluss Ausgabe 4/23: 16. Juni 2023

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)